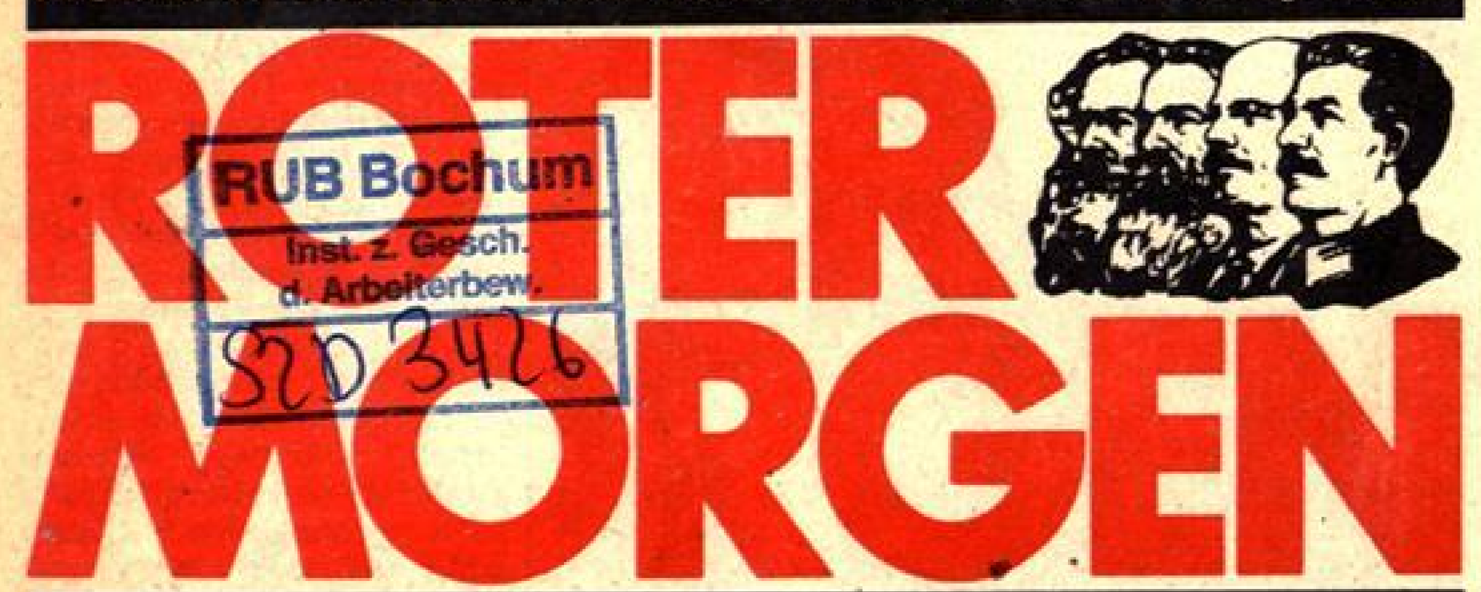
Interview zum Kongreß gegen Reaktion und Faschismus S. 8 | 1 H 3752 CX | Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 50 vom 14. Dezember 1979 | 13. Jahrgang | 1 DM



Es stinkt zum Himmel, wie bei der staatlichen Bundespost durch Rationalisierung und schlechte Arbeitsbedingungen Milliardenprofite aus den Knochen der Arbeiter und kleinen Beamten herausgeschunden werden. In der letzten Woche gingen die Beschäftigten der Postämter Saarbrückens auf die Straße, um gegen diese Verhältnisse zu protestieren. Auf Transparenten machten die Postler ihre Forderungen deutlich: Gegen Arbeitshetze und Arbeitsplatzvernichtung, für humanere Arbeitsbedingungen und für bessere Bezahlung!

„Nazis raus aus Ketsch!"

Tausende gegen NPD-Parteitag

KETSCH. — Mehr als 5000 Antifaschisten demonstrierten am vergangenen Samstag in Ketsch bei Schwetzingen gegen den Bundesparteitag der neofaschistischen NPD. Zu den Aktionen hatten der Deutsche Gewerkschaftsbund, alle Einzelgewerkschaften, die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN), die neugegründete VOLKSFRONT und die KPD/ML aufgerufen. Die Antifaschisten forderten das Verbot der NPD und aller faschistischen Organisationen. — Auch am Sonntag versammelten sich mehr als 2000 Antifaschisten in Ketsch und verhinderten eine geplante Nazikundgebung.



In der kilometerlangen Demonstration marschierte auch ein Block der VOLKSFRONT mit.

Die Antifaschisten — darunter viele Gewerkschaftskollegen, die aus dem gesamten Rhein-Neckar-Raum mit Bussen angereist waren — blockierten praktisch während des ganzen Samstags die Rheinhalle, in der der NPD-Parteitag stattfand. Sie verhinderten so alle außerhalb der Halle geplanten Auftritte der Faschisten. Die Rheinhalle selbst wurde von massiven Polizeikräften abgeriegelt und mit Stacheldraht und Sperrgittern gesichert. Entgegen massiven Protesten aus der Bevölkerung hatten die Verwaltungsgerichte und Behörden den Nazis die Rheinhalle zur Verfügung gestellt.

Die Polizei ging schon am Samstagvormittag gegen Antifaschisten vor, die den Eingang zur Rheinhalle blockierten und dort antifaschistische Parolen riefen. Unter den meist jugendlichen Antifaschisten gab es mehrere Verletzte. Drei Antifaschisten wurden verhaftet, darunter der Vorsitzende der VVN Böblingen. — Wohl ermuntert durch das Vorgehen der Polizei, griffen Nazis auf dem Platz vor der Halle, wo sich die Nazigegner gerade zu der Demonstration formierten, die Antifaschisten an. Dabei versuchten sie, zwei ehemaligen KZ-Häftlingen, die in ihrer gestreiften Häftlingskleidung an der Demonstration teilnehmen wollten, die Anzüge vom Leib zu reißen.

Der Vorfall zeigt deutlich den Geist dieser sich gern „gesittet" und „demokratisch" gebenden NPD. Es ist der Geist der alten Gaskammerpartei, der Geist von Dachau, Buchenwald und Auschwitz. Die NPD muß verboten werden!

(Fortsetzung Seite 7)

Vor dem NATO-Gipfeltreffen

Breiter Widerstand gegen Atomraketen

Massendemonstration in Brüssel

Demonstrationen und Kundgebungen gegen die geplante Stationierung amerikanischer Mittelstrecken-Raketen in Westeuropa fanden am Wochenende in mehreren NATO-Ländern statt. Den größten Aufmarsch erlebte Brüssel, der Sitz des westlichen Militärpakts. Demonstranten aus Belgien, aus den Niederlanden, der Bundesrepublik und anderen Ländern verurteilten dort die atomaren Aufrüstungspläne der NATO.

An diesem Mittwoch treffen die Außen- und Kriegsminister des Pakts zu ihrem Gipfeltreffen zusammen. Es geht um die Entscheidung über die Stationierung von mehr als 500 amerikanischen Atomraketen in verschiedenen Ländern Westeuropas. Mit diesen Waffen, die zum größten Teil auf dem Boden der Bundesrepublik stehen sollen, wären die amerikanischen Imperialisten zum ersten Mal in der Lage, Ziele in der Sowjetunion auch von europäischen Stützpunkten aus anzugreifen.

Während die Bundesregierung diese Aufrüstungspläne von Anfang an massiv unterstützt hat, ist in den kleineren NATO-Ländern der Widerstand dagegen auch in den Parlamenten immer mehr gewachsen. So sprach sich in der Nacht zum letzten Freitag das niederländische Parlament mit einer deutlichen Mehrheit gegen die neuen Atomraketen aus. Unter dem Druck der starken Empörung über die NATO-Pläne hatten auch einige Abgeordnete der christdemokratischen Regierungspartei gegen die Stationierung der Raketen gestimmt.

(Kommentar auf S. 2)

RFFU: 82 Prozent für Streik gegen Zerschlagung des NDR

HAMBURG.— Die Urabstimmung bei der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (RFFU) in den Funkhäusern des Norddeutschen Rundfunks ist gelaufen. Abgestimmt wurde über den für den 19. Dezember geplanten vierstündigen Warnstreik an allen Hörfunk- und Fernsehanstalten der BRD und Westberlins, mit dem die RFFU-Kollegen gegen die geplante Zerschlagung des NDR als Dreiländeranstalt protestieren wollen. Trotz der Hetze gegen den geplanten Streik, wie sie vor allem durch die CDU/CSU betrieben wird und trotz der Behauptung aus diesen Kreisen, daß ein solcher Streik illegal sei, stimmte eine überwältigende Mehrheit für den Streik: 82,5 Prozent Ja-Stimmen standen lediglich 17,5 Prozent Nein-Stimmen gegenüber. Die Wahlbeteiligung lag bei 96 Prozent. Am 13. und 14. Dezember soll die Urabstimmung nun auch an den anderen Rundfunkanstalten durchgeführt werden.

IGM-Führer zeigen Flagge

Erster Metall-Abschluß: nur 6,8 Prozent!

WESTBERLIN. — Der erste Abschluß in der Metall-Lohnrunde ist da. Nur 6,8 Prozent mehr Lohn sollen die Arbeiter im Bereich Sanitär-, Heizungs- und Gesundheitstechnik in Westberlin erhalten. Damit haben die IGM-Führer praktisch ihr „Ja" zum Abbau der Reallöhne durch die Unternehmer gesprochen.

Die Forderung der IGM für die rund 12000 Beschäftigten des genannten Industrie- und Handwerksbereichs hatte 9,5 Prozent gelautet. Der 6,8-Prozent-Abschluß bedeutet für die Kollegen, daß ihr Realeinkommen sinkt, denn das Jahr 1979 brachte eine Steigerung der Lebenshaltungskosten um rund 13 Prozent.

Tausende von gewerkschaftlichen Vertrauensleuten haben in den letzten Wochen Lohnforderungen zwischen 12 und 17 Prozent aufgestellt. Die DGB-Führung jedoch ist sich mit den Kapitalisten darin einig, daß zugunsten hoher Konzernprofite der Lebensstandard der arbeitenden Menschen gesenkt werden soll.

IGM-Bonzen wie Loderer reisen von Stadt zu Stadt, um auf gewerkschaftlichen Konferenzen Abstimmungen für niedrige Lohnforderungen zu erzwingen. Währenddessen läuft im Ruhrgebiet eine Anzeigenserie der Unternehmerverbände in der Tagespresse, mit der die Lohnforderungen der Arbeiter verteufelt werden sollen. Die Stahlbarone rasseln dazu mit dem Säbel, indem sie der sogenannten Kriegskasse der Unternehmerverbände beigetreten sind.

Beispielloser Rationalisierungsterror bei AEG

Mehr als 13 000 müssen gehen!

FRANKFURT. — Jetzt ist es offizieller Beschluß: Weit mehr als 13000 Beschäftigte des Elektrokonzerns AEG-Telefunken sollen im kommenden Jahr auf die Straße gesetzt werden. Am Dienstag vergangener Woche segnete der Aufsichtsrat den „Sanierungsplan" des Vorstandsvorsitzenden Dr. Cipa ab.

Der Beschluß des Aufsichtsrats bedeutet, daß mindestens jeder zehnte der 125000 Inlandsbeschäftigten von AEG innerhalb des nächsten Jahres seinen Arbeitsplatz verliert. Fest steht bis jetzt, daß AEG-Kanis in Essen ganz geschlossen werden soll, ebenso das Werk II von Telefunken in Hannover. Die Schließung der Werke AEG Eßlingen und AEG Konstanz scheint ebenfalls geplant zu sein. Massenentlassungen soll es ferner in AEG-Werken in Seligenstadt, Mainz und Westberlin geben.

Aber das ist noch nicht alles. Über die jetzt beschlossenen „Sanierungsmaßnahmen" hinaus, die über 13000 Arbeitsplätze kosten, plant AEG noch zusätzliche Stillegungen und Massenentlassungen in Tochterfirmen des Konzerns. So bei Olympia und bei Hartmann + Braun. Man muß davon ausgehen, daß hier noch weitere Tausende von Arbeitsplätzen vernichtet werden sollen. Auch in Spanien will AEG ein Tochterunternehmen schließen.

Hinter diesem für die Bundesrepublik bisher beispiellosen Rationalisierungsfeldzug stehen die Großbanken, vor allem die Dresdner Bank. Mit über einer Milliarde Mark stützen sie den schlingernden Riesenkonzern. Sie werden entsprechend absahnen, wenn AEG wieder hohe Profite verzeichnen kann. (Siehe auch Seite 5).



Auch in der vergangenen Woche kam es — unter anderem bei Mannesmann und AEG — zu Aktionen gegen die von den Konzernherren angekündigten Stillegungen und Massenentlassungen. Unser Foto wurde am Freitag letzter Woche vor der Hauptverwaltung von Mannesmann in Düsseldorf aufgenommen, als die Arbeiter von MRW-Werk in Hilden gegen die geplante Stillegung des Werkes protestierten.

Kommentar

Abrüstung durch Atomraketen?

Die achtziger Jahre müßten zu einem Jahrzehnt der Abrüstung werden. Der mit dieser Aufforderung vor einigen Tagen an die Öffentlichkeit trat, war niemand anders als Außenminister Genscher. Mit normalem Menschenverstand ist eine solche heuchlerische Erklärung kaum noch zu begreifen.

Da hat die Bundesregierung über Monate hinweg mit allen Regeln der Kunst ihre europäischen NATO-Partner unter Druck gesetzt, damit sie den Plänen Washingtons zur Stationierung amerikanischer Mittelstreckenraketen zustimmen. Da hat Kanzler Schmidt gerade vor dem SPD-Parteitag mit dem Rücktritt gedroht, wenn er das Ja seiner Partei für die neuen Atomraketen nicht bekommen würde. Und jetzt kommt ein Genscher daher und redet von einem Jahrzehnt der Abrüstung!

Aber die Logik dieser Leute hat ja mit dem gesunden Menschenverstand noch nie etwas zu tun gehabt. Während jedermann unter Abrüstung den Abbau und die Verschrottung von Waffensystemen versteht, sehen sie das ganz anders. Man müsse, so ließ sich Genscher vernehmen, erst einmal die neuen Raketen haben, dann könne man mit dem Warschauer Pakt in Verhandlungen darüber treten, ob und wie man auf beiden Seiten das Potential von Atomraketen wieder vermindern könne.

Diese Logik — erst aufrüsten, dann verhandeln — hat nur einen Fehler: sie ist falsch. Nach diesem Muster laufen nun schon seit Jahren die SALT-Verhandlungen zwischen den beiden Supermächten. Und was dabei herausgekommen ist, war alles andere als Abrüstung. Im Gegenteil — beide Seiten haben erst einmal kräftig aufgerüstet. Dann hat man sich an den Verhandlungstisch gesetzt. Jeder hat die atomaren Sprengköpfe des anderen gezählt. Und dann wurde nur noch darum gepokert, wie jede Seite mit der anderen **gleichziehen**, also noch ein bißchen mehr aufrüsten könnte. Das Ergebnis dieser „Abrüstungsverhandlungen" war dann auch die **Verdoppelung** des atomaren Vernichtungspotentials der Supermächte.

In der Raketenfrage wird es genau so sein. Man braucht wahrlich keine prophetischen Gaben, um das festzustellen. Am Mittwoch findet die außerordentliche NATO-Tagung über die neuen Raketen statt. Daß sich der westliche Militärblock für den Bau und die Stationierung der Raketen entscheiden wird, dafür gibt es — trotz der ablehnenden Haltung der Regierungen von Norwegen, Dänemark und den Niederlanden — kaum noch Zweifel. Moskau hat jedoch für diesen Fall angekündigt, daß es dann das eigene Potential von mittelstreckenraketen verstärkt ausbauen wird.

Was bleibt also von dem „Jahrzehnt der Abrüstung"? Nichts. Die imperialistische Logik von „erst aufrüsten, dann verhandeln" erweist sich wieder einmal als eine schmutzige Propagandalüge, mit der die eigene wahnwitzige Hochrüstung bemäntelt werden soll. Der NATO-Beschluß vom Mittwoch wird nicht eine Phase des Abbaus der atomaren Waffensysteme in Europa einleiten. Er wird dem Warschauer Pakt die Begründung für die angedrohte Bereitstellung neuer Mittelstrecken-Raketen liefern. Das wiederum wird unweigerlich dazu führen, daß die NATO-Strategen über kurz oder lang eine neue „Raketenlücke" in ihrem Bereich entdecken, daß sie nach noch mehr Atomwaffen schreien werden. Undsoweiter, undsofort.

Was Genscher unverfroren als Schritt in ein Jahrzehnt der Abrüstung verkaufen will, ist also nur der Anfang einer Entwicklung, die die Lage für die Völker Europas noch bedrohlicher macht, die zur weiteren Verschärfung der Kriegsgefahr beitragen wird. Das Bestreben der Imperialisten in West und Ost, ein immer größeres militärisches Vernichtungspotential für ihre aggressiven Pläne anzuhäufen, verwandelt Europa — und hier vor allem die Deutsche Bundesrepublik — immer mehr in ein atomares Pulverfaß. Für die Werktätigen unseres Landes ist es eine Aufgabe von größter Bedeutung, den Kriegstreibern entgegenzutreten.

Weg mit atomaren, biologischen und chemischen Vernichtungswaffen von deutschem Boden! Einstellung des Baus aller Angriffswaffen, Verschrottung der vorhandenen!

Abzug aller fremden Truppen von deutschem Boden!



Kommt zur Demonstration am 15.12. in Köln!

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen

Gegen die Terrortätigkeit der „Grauen Wölfe"

Was für Hitlers NSDAP die SA war, das sind für die MHP des türkischen Faschisten Türkes die „Grauen Wölfe". In der Türkei fallen diesen Mord- und Terrortruppen täglich drei bis fünf Menschen zum Opfer — vor allem Arbeiter. Doch die „Grauen Wölfe" gehen nicht nur in der Türkei ihrem blutigen Handwerk nach.

Auch in der Bundesrepublik und Westberlin wird die konterrevolutionäre Tätigkeit der türkischen Faschisten immer spürbarer. Dabei verstecken sich die Faschisten der „Grauen Wölfe" und der MHP — diese „Partei der Nationalen Bewegung" wurde 1976 auf Anordnung der türkischen Regierung offiziell in der Bundesrepublik aufgelöst — hinter Tarnorganisationen wie „Idealistenvereine" oder „Kulturvereine". An ihrer Terrortätigkeit ändert das jedoch nichts.

In Remscheid erpreßten die türkischen Faschisten nach Informationen der IG Metall Austrittserklärungen aus der Gewerkschaft. In Hamm überfielen sie einen 18jährigen Türken, weil er in einem linken Arbeiterchor mitsang. In Westberlin schossen sie im März und im April auf Niederlassungen fortschrittlicher türkischer Arbeitervereine. In Rüsselsheim wurde unlängst ein revolutionärer türkischer Betriebsrat bei Opel von türkischen Faschisten zusammengeschlagen.

Auch hier in Westdeutschland schrecken die türkischen Faschisten vom Schlage der „Grauen Wölfe" vor Mord nicht zurück. In Hamburg erschlugen sie 1974 den türkischen Arbeiter Neset Danis. In Recklinghausen wurde im Februar 1978 der türkische Kollege Nezet Erkan von einem Mitglied der MHP auf offener Straße erstochen. Vor zwei Wochen wurden in Frankfurt zwei türkische Antifaschisten niedergestochen, weil sie sich geweigert hatten, faschistische Hetzschriften anzunehmen. Einer der Messerstecher ist der Vorsitzende des sogenannten türkischen „Kulturvereins" in Frankfurt.

Angesichts dieser Terroraktivitäten ist es ein Skandal, daß diese türkischen Faschisten, daß die „Grauen Wölfe" und ihre verschiedenen Tarnorganisationen von den westdeutschen Behörden geduldet werden. Und nicht nur geduldet, sondern oft auch noch unterstützt und gefördert!

So durfte der türkische Faschistenführer Türkes im Mai 1979 in Frankfurt und in Dortmund Großkundgebungen abhalten. Mitgliedern der MHP, die in der Türkei Morde und andere Verbrechen verübt haben, wird in der Bundesrepublik Asyl gewährt; so zieht der Bonner Staat das faschistische Mordgesindel an wie ein Magnet. Verbrechen, die die türkischen Faschisten hierzulande verüben, werden nur schleppend oder überhaupt nicht verfolgt. — Muß man da noch erwähnen, daß der Faschistenführer Türkes ein Busenfreund des Franz Josef Strauß ist? Beide trafen sich zuletzt im Mai dieses Jahres.

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen demonstrieren am Samstag, den 15.12., deutsche, türkische und andere ausländische Antifaschisten in Köln. Neben der KPD/ML und der Kommunistischen Partei der Türkei (Aufbauorganisation) — den gemeinsamen Aufruf druckten wir im letzten *Roten Morgen* ab — hat nun auch die VOLKSFRONT, Landesverband Nordrhein-Westfalen, zu der Demonstration aufgerufen. Kommt zahlreich!

Für das Verbot der türkischen faschistischen Organisationen in Westdeutschland und Westberlin!

Deutsche Arbeiter und Antifaschisten, Arbeiter und Antifaschisten aus der Türkei gemeinsam gegen Reaktion und Faschismus!

Tod dem Faschismus, Freiheit dem Volk!

Demonstration: 15.12.1979, 11.30 Uhr, Köln, Ebertplatz

SPD-Parteitag in Westberlin

Mehrheit für Atomprogramm und US-Raketen

WESTBERLIN. — Der Parteitag der SPD gab Bundeskanzler Schmidt unmittelbar vor der NATO-Tagung in Brüssel Rückendeckung für die Zustimmung zu den Atomraketen-Plänen des Militärpakts. Auch das umstrittene Bonner Atomenergie-Programm fand die Unterstützung des Parteitags.

Auffällig war zu Beginn des Kongresses das Werben der SPD-Führer um die Jugend. Die Rede des Vorsitzenden Brandt war — wie die *Süddeutsche Zeitung* schrieb — „durch den Versuch gekennzeichnet, die junge Generation für die Ziele der Partei zu interessieren." Auch Schmidt appellierte an die Jugend, „bei der Gestaltung der gesellschaftlichen Lebensverhältnisse mitzuwirken." Er versprach in diesem Zusammenhang sogar eine „Politik des Wandels und der Erneuerung" — allerdings erst für die Zukunft.

Damit reagierte die SPD-Führung auf den schwindenden Einfluß der Partei unter der Jugend, die in großen Teilen in der SPD zurecht eine Partei des Kapitals erkennt. Außer solchen Versprechungen und Appellen hatte der Parteitag jedoch nichts zu bieten. In keiner der drängenden Fragen der Werktätigen und der Jugend zeigte er eine wirkliche Alternative auf. Probleme wie die Arbeitslosigkeit, die Rationalisierungsfeldzüge der Kapitalisten, der Lehrstellenmangel oder der zunehmende Abbau demokratische Rechte wurden entweder gar nicht oder nur am Rande diskutiert.

Und wo darüber gesprochen wurde, bestätigte man nur den reaktionären Kurs der Regierung. So etwa in der Frage der Berufsverbote, die am Ende des Parteitags kurz behandelt wurde. Der Kongreß sprach sich weder für die vollständige Abschaffung des sogenannten Radikalenerlasses aus, noch verurteilte er die skandalöse Berufsverbote-Praxis bei Post und Bundesbahn, für die der SPD-Minister Gscheidle verantwortlich ist.

Bezeichnend für den Parteitag war es auch, daß er auf jede offensive Kampfansage an Strauß verzichtete. Brandt nannte den Kanzlerkandidaten zwar einen „politischen Umweltzerstörer von rechtsaußen". Aber diese Kennzeichnung (die dann auch das erwünschte Gezeter bei der CSU hervorrief) war wohl nur dazu gedacht, Beifall von der umworbenen jungen Generation zu erheischen. Als Kampfmaßnahme gegen den CSU-Boß nämlich empfahl Brandt nur, dessen Machtanspruch „mit Lachsalven zu ersticken." Man bleibt also bei dem Kurs der Verharmlosung von Strauß, beim Verzicht auf jede Mobilisierung gegen den drohenden Machtantritt der offenen Reaktion. In diesen Kurs fügte sich als Gastredner übrigens auch der DGB-Vorsitzende Vetter ein. Zu Strauß fiel ihm nichts ein, dagegen hielt er es für nötig, wortreich die Propagandatrommel für den Ausbau der Atomenergie zu rühren.



So war dieser Parteitag wenig dazu angetan, das gewünschte Vertrauen der Werktätigen oder der Jugend in die SPD zu stärken. Das wurde noch deutlicher bei den beiden hervorragenden Programmpunkten des Kongresses. In der Atomraketen-Frage hatte Schmidt schon vor dem Parteitag mit dem Rücktritt gedroht, wenn ihm die nötige Unterstützung versagt bleiben würde. Vor den Delegierten machte er dann noch einmal klar, er würde „als Bundeskanzler keine Polsition vertreten, die ich nach Prüfung des eigenen Gewissens für falsch halte, und die ich deshalb nicht verantworten kann." Auf gut deutsch: der Parteitag mag beschließen, was er will, die Regierung wird sowieso nur das tun, was in den Interessen des Monopolkapitals steht (wobei Schmidt nach der Manier bürgerlicher Parlamentarier diese Interessen für sein eigenes Gewissen ausgab.)

Von dieser Strategie der Drohung und des Drucks gegenüber den Delegierten war der ganze Parteitag geprägt. Und er brachte der Regierung sowohl in der Raketenfrage als auch in der Diskussion über das Bonner Atomprogramm satte Mehrheiten. In bezug auf die Anwendung der Atomenergie wurde ein Antrag verabschiedet, der sogar frühere Parteitagsbeschlüsse der SPD über den Haufen wirft. Befürwortet wird jetzt die zügige Inbetriebnahme von Atomkraftwerken nicht erst, wenn die Endlagerung des Atommülls gesichert ist, sondern auch schon dann, wenn mit der Errichtung eines Endlagers erst begonnen wird. Damit hat der Parteitag dem Bonner Atomprogramm grünes Licht gegeben, einschließlich des Baus von schnellen Brütern, durch die Voraussetzungen für die militärische Nutzung der Atomenergie geschaffen wird.

Aus dem Inhalt

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr, 30 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr wird mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Zum Programm der „Grünen“

„Grenzen des Wachstums“ oder Krise des Kapitalismus?

In einigen Wochen wollen die *Grünen* ihre Partei auf Bundesebene gründen. Die *Bunten* und *Alternativen* zeigen sich angesichts dieser Entscheidung ratlos. Sie hatten all ihre Energien daran gesetzt, eine einheitliche Liste mit den *Grünen* zur Bundestagswahl zustande zu bringen und mit ihnen gemeinsam auch schon einen Programmentwurf ausgearbeitet.

Ihre Hoffnung auf ein Zusammengehen der ganzen schillernden Bewegung in einer Liste jedoch wurde enttäuscht. Die *Grünen*, die — wie sich gezeigt hat — über die stärkeren Bataillone in dieser Bewegung verfügen, stellen ihre *bunt/alternativen* Freunde nun vor die Wahl: entweder Auflösung ihrer Gruppen und individueller Beitritt zur *grünen* Partei oder Bildung einer Wahlliste neben den *Grünen*.

Wir wollen im folgenden Beitrag jedoch nicht auf den Streit innerhalb dieser Bewegung und ihre organisatorischen Probleme eingehen, sondern uns mit einigen Grundzügen ihres Programms beschäftigen. Die Grundlage dafür bildet der erwähnte Entwurf, der auf einem gemeinsamen Kongreß der Bewegung am 4.11. in Offenbach vorgelegt wurde. An seiner Ausarbeitung waren elf Vertreter der *Grünen* und vier Vertreter der *Bunt/Alternativen* (unter denen KB und GRF einen bestimmenden Einfluß haben) beteiligt.

Der Entwurf beginnt sozusagen mit einem Paukenschlag: „Die in Bonn etablierten Parteien verhalten sich, als sei auf dem endlichen Planeten Erde eine unendliche industrielle Produktionssteigerung möglich. Dadurch führen sie uns nach eigener Aussage vor die ausweglose Entscheidung zwischen Atomstaat oder Atomkrieg, zwischen Harrisburg oder Hiroshima.“ Mit diesem Satz aus der Präambel des Entwurfs wird die atomare Katastrophe beschworen, ja ihre Unausweichlichkeit behauptet und aus der industriellen Produktionssteigerung hergeleitet. Damit übernimmt der Entwurf die gängige Kernthese der sogenannten ökologischen Bewegung, daß die Steigerung der Produktion, das wirtschaftliche Wachstum für alles gegenwärtige und zukünftige Elend der Menschheit verantwortlich wäre.

Die „Grenzen des Wachstums“, so heißt es, wären endgültig erreicht, die Rohstoffe gingen zuende, die Entwicklung der Industrie hätte die Natur fast vollständig zerstört. Jeder Schritt weiter würde unweigerlich tiefer ins Verhängnis führen. Im Programmentwurf liest sich das so: „Die ökologische Weltkrise verschärft sich von Tag zu Tag. Die Rohstoffe verknappen sich, Giftskandal häuft sich auf Giftskandal, Tiergattungen werden ausgerottet, Pflanzenarten sterben aus, Flüsse und Weltmeere verwandeln sich in Kloaken, der Mensch droht inmitten einer späten Industrie- und Konsumgesellschaft geistig und seelisch zu kümmern, wir bürden den nachkommenden Generationen eine unheimliche Erbschaft auf.“

Und wer würde angesichts einer solchen Beschreibung des Schreckens nicht zustimmen, wenn da eine „grundlegende Alternative“ gefordert wird? Für die *Grünen* und ihren Anhang sieht diese Alternative so aus: Stop des wirtschaftlichen Wachstums! Oder wie es der Entwurf schön verwaschen formuliert: „Ein völliger Umbruch unseres kurzfristig orientierten wirtschaftlichen Zweckdenkens ist notwendig.“ Nur — diese Alternative ist ebenso falsch wie das Weltbild, auf das sie sich gründet. Was ist denn dran an den sogenannten Grenzen des Wachstums? Nehmen wir die Frage der Rohstoffe, etwa die von den *Grünen* behauptete akute Knappheit der Energiestoffe.

Die sogenannte Energiekrise

Richtig ist, daß der natürliche Vorrat von Kohle, Erdöl. Uran usw. begrenzt ist. Aber spielt diese Tatsache heute eine Rolle, macht sie die jetzt beschworene Energiekrise aus? Ist es richtig, wie es die *Grünen* tun, jetzt mit Energiesparapellen unter die Massen zu gehen? Es hat sich doch in den letzten Monaten gerade in die Frage gezeigt, daß die Krise keine natürliche Erscheinung ist, sondern eine gesellschaftliche. Konkret: die Verknappung der Brennstoffe war und ist keine Folge eine natürlichen Mangels, sondern eine Folge des kapitalistischen Profitsystems. Erdöl wurde künstlich vom Markt ferngehalten, weil eine Handvoll von Multis ihre Monopolpreise sichern und erhöhen wollten. Man kann auch noch weiter zurückgreifen in der „Energiekrise“. Dann wird man auf das große Zechensterben in den sechziger Jahren stoßen und auf die Tatsache, daß heute weitgehend ungenutzte Kohlevorräte in der Erde lagern, die den Energiebedarf für tausend Jahre und mehr sichern würden.

Es ist also weder so, daß heute eine wirkliche Knappheit an Energiestoffen bestünde, noch so, daß grundsätzlich alle Rohstoffe fast bis auf den letzten Rest ausgebeutet wären. Die Wahrheit ist vielmehr, daß die Energiemonopole dort ihr Kapital anlegen, wo es den meisten Profit verspricht. Und das gilt natürlich auch für die Atomenergie. Nicht das „wirtschaftliche Wachstum“ hat notwendig die AKWs und die damit verbundenen Gefahren hervorgebracht. Vielmehr wurden hier die gleichen Gesetze wirksam, wie schon beim Übergang von der Kohle- zur Erdölwirtschaft. Der mit staatlicher Förderung — also aus Steuergeldern — betriebene Bau der Atomkraftwerke bringt den Monopolen der Energie-, Elektro- und Metallindustrie noch gewaltigere Profite, deshalb setzen sie jetzt auf die Kernenergie, verhindern sie nach wie vor die sinnvolle Nutzung der Kohlereserven oder auch die Entwicklung der Energiegewinnung aus der Erdwärme usw.

Wer ist verantwortlich für Umweltverbrechen?

Aber entscheidend für die *Grünen* und ihren *bunt/alternativen* Anhang ist eben gerade, daß solche gesellschaftlichen Zusammenhänge geleugnet, daß aus gesellschaftlichen Fragen Probleme der Beziehung zwischen Mensch und Natur gemacht werden. Genauso ist es auch mit der Frage der Umweltbelastung. Niemand wird leugnen, daß die oben angeführte Beschreibung von Giftskandalen, von der Verschmutzung der Flüsse usw. nicht nur zutreffend ist, sondern auch ein reales Problem unserer Gesellschaft darstellt. Nur ist auch das keine „ökologische Krise“, eine Krise des Verhältnisses von Mensch und Natur also. Und ebensowenig ist es notwendig, daß „**unser** wirtschaftliches Zweckdenken“ verändert werden müßte. Wieso „unser“? Was haben wir, die Werktätigen, mit den Giftskandalen zu tun, außer, daß wir ihre Opfer sind? Machen wir denn die Flüsse zu Kloaken? Vielleicht durch Zigarettenkippen und den Abfall vom Picknick?

Die Verschmutzung und Zerstötung der Umwelt ist ein Verbrechen. Und wie für jedes Verbrechen gibt es auch dafür Verantwortliche. Die sitzen in den Chefetagen der Konzerne. Nicht **unser** „wirtschaftliches Zweckdenken“, sondern **ihr** Profitdenken zerstört die Umwelt. Sie denken nicht daran. die Belastung der Umwelt durch im Produktionsprozeß anfallende Schadstoffe wieder auszugleichen, weil das ihre Profite schmälern würde. Die Folgen haben dann wir, die Werktätigen, zu zahlen, etwa durch die Ruinierung unserer Gesundheit. Die Verseuchung der Umwelt ist also weder Ausdruck einer „ökologischen Krise“, noch ist sie eine **zwangsläufige** Folge der industriellen Produktion, sie ist ebenso wie die Energiekrise ein Bestandteil des kapitalistischen Systems.

Und es gehört schon eine Menge Unverfrorenheit dazu, die allgemein bekannten Tatsachen über die Verursacher der Umweltverbrechen nicht nur zu verschweigen, sondern uns alle dafür verantwortlich zu machen. Es liegt auf der Hand, daß unter solchen Voraussetzungen die *Grünen* und ihr Anhang auch auf dem Gebiet des Umweltschutzes, das sie ja gerne für sich pachten wollen, keinen wirklichen Kampf führen können. Denn ein solcher Kampf kann sich ja nur gegen die kapitalistischen Umweltverschmutzer und den sie begünstigenden Staat richten.

Fassen wir zusammen: die *Grünen* trennen willkürlich die Entwicklung der Produktivkräfte von den Produktionsverhältnissen. Sie verdammen das wirtschaftliche Wachstum, sie verteufeln die Entwicklung der Technik, aber sie sparen völlig die Frage aus, wer die Wirtschaft kommandiert, in wessen Interesse die moderne Technik angewandt wird. **Das aber ist die Schlüsselfrage sowohl zum wirklichen Verständnis der „Umweltkrise“, wie auch für die Entwicklung von richtigen Kampfpositionen in diesem Bereich.**

Wachstum im Sozialismus

Wenn man bejspielsweise die Wachstumsraten des industriellen Gesamtprodukts in Europa für die sechziger und siebzieger Jahre betrachtet, dann wird man folgendes feststellen: ganz vorne mit neun Prozent liegt das sozialistische Albanien, während dagegen die EG-Ländern durchschnittlich nur 3,8 Prozent erreicht haben. Nach der Logik der *Grünen* müßte ja Albanien demnach geradezu der Hauptherd der „ökologischen Krise“ in Europa sein. Tatsächlich jedoch gibt es in Albanien weder die im Programmentwurf der *Grünen* beschworenen Krisenerscheinungen wie Vergiftung der Luft, von Land und Wasser oder die geistige Verkümmerung der Menschen. Noch gibt es dort solche Erscheinungen wie Arbeitslosigkeit, Bauernlegen, Steuern usw.

Warum? Weil in Albanien die Wirtschaft sozialistisch organisiert ist, weil ihre Entwicklung, einschließlich der Anwendung einer immer moderneren Technik, ausschließlich den werktätigen Massen dient. Und es liegt doch auf der Hand, daß ohne die erwähnten Wachstumsraten, ohne die gewaltige Steigerung der materiellen Produktion sich Albanien niemals aus dem Armenhaus Europas in das heutige krisenfreie Land des steigenden Wohlstands für die Massen hätte entwickeln können. Die *Grünen* und ihr Anhang jedoch treten ungeachtet der jeweiligen Gesellschaftsordnung **überall** gegen das wirtschaftlichen Wachstum auf. Gerade auf ein sozialistisches Land angewandt zeigt sich in aller Deutlichkeit der reaktionäre Charakter dieser Position. Denn sie bedeutet doch faktisch, daß damit ein solches Land dazu verdammt wäre, auf der gegebenen Stufe seiner Entwicklung stehenzubleiben; daß es falsch wäre, durch die Steigerung der materiellen Produktion den Wohlstand der Werktätigen ständig zu mehren.

Wachstums-Stop — eine Perspektive?

Aber wie sieht es mit dem Wirtschaftswachstum in einer kapitalistischen Gesellschaft aus? Ist es richtig, bei uns für einen Wachstums-Stop einzutreten, wie das die *Grünen* tun? Zunächst muß man sich doch einmal fragen, wer denn das Wachstum „anhalten“ oder „einfrieren“ soll. Die treibende Kraft des Wachstums in der kapitalistischen Gesellschaft ist der Zwang zur Akkumulation des Kapitals. Im Bestreben, den der Arbeiterklasse abgepreßten Mehrwert ständig zu erhöhen, und unter dem Druck der Konkurrenz in ihren eigenen Reihen, sind die Kapitalisten gezwungen, ihr Kapital immer mehr auszudehnen, ständig die Technik zu erneuern und die Produktion auszuweiten.

Eine Forderung nach Wachstums-Stop müßte sich also an die Kapitalisten selbst richten. Ob sie dem wohl nachkommen würden? Das ist natürlich eine lächerliche Annahme. Denn die fortwährende Ausdehnung des Kapitals auf immer neue Bereiche ist ein objektives Gesetz der kapitalistischen Produktionsweise. Der einzelne Unternehmer, der sich dem nicht beugt, verzichtet damit sowohl auf Sicherung und Erweiterung seines Profits wie auch auf die Möglichkeit, den Konkurrenzkampf siegreich zu bestehen. Er würde sich damit zum Untergang als Kapitalist verurteilen. Insofern ist also die Forderung nach dem Ende des Wachstums ein Unsinn, der vollständig auierhalb der Gesetze und Möglichkeiten dieses Gesellschaftssystems liegt.

Aber diese Forderung hjat auch noch einen anderen, gefährlichen Charakter. Denn sie wird ja von den *Grünen* und ihrem Anhang als die grundlegende Perspektive für die Menschheit hingestellt. Wir haben schon am Beispiel des sozialistischen Albaniens gesehen, daß wirtschaftliches Wachstum (unter den Bedingungen einer sozialistischen Gesellschaft) die notwendige Grundlage für die ständige Erhöhung des Wohlstands ist. Und auch — daß muß man noch hinzufügen — für die Entwicklung des kulturellen Niveaus. Denn wo es keine Erweiterung der materiellen Produktion gibt, kann es beispielsweise auch keine Verkürzung der Arbeitszeit geben — eine der wesentlichen Voraussetzungen für die kulturelle Entfaltung der Werktätigen.

Und auch für die Werktätigen in der kapitalistischen Welt bietet natürlich das „Einfrieren“ des Wachstums keine Perspektive für die Verbesserung ihrer Lebensbedingungen (abgesehen davon, daß es wegen der dargestellten Gesetzmäßigkeiten gar nicht möglich ist). Für uns liegt doch die Sache nicht so, daß es zuviel Wachstum gäbe, oder daß zu viele materielle Güter produziert würden. Wir stehen vor ganz anderen Problemen. Trotz der Ausweitung der Produktion sinkt unser Realeinkommen, also auch die Möglichkeit, die von uns produzierten Güter zu kaufen. Trotz der Einführung immer neuer Techniken in den Produktionsprozeß sinkt nicht die Arbeitszeit, sondern erhöht sich im Gegenteil die Zahl der Arbeitslosen.

Es geht also für uns nicht darum, das Wachtum zu beschränken, sondern darum, die Schranken niederzureißen, die uns davon trennen, dieses Wachstum in ein Mittel zur Verbesserung unserer Lebensbedingungen umzuwandeln. Und diese Schranken liegen im kapitalistischen Profitsystem. Solange wirtschaftliches Wachstum oder Revolutionierung der Technik im Dienst der Vermehrung des Profits stehen, kann sich für uns nichts Grundlegendes ändern. Im Gegenteil — die am kapitalistischen Profit orientierte Wirtschaftsentwicklung wird für die Werktätigen nur immer neue Lasten hervorbringen, wozu neben Arbeitslosigkeit usw. auch — wie schon eingangs erwähnt — die Zerstörung unserer Umwelt gehört.

Kriegsgefahr durch „industrielle Produktionssteigerung“?

Kehren wir an dieser Stelle noch einmal zu der eingangs erwähnten Präambel zum Programmentwurf der *Grünen* zurück und zu der darin beschworenen Alternative zwischen Hiroshima und Harrisburg, vor der die Menschheit stünde. Atomkrieg oder AKW-Katastrophe, das sind natürlich reale Gefahren, auch wenn man beides nicht auf die gleiche Stufe stellen kann. Aber weder das eine noch das andere resultiert zwangsläufig aus der „industriellen Produktionsentwicklung“, wie hier behauptet wird. Harrisburg war ein Ausdruck der inneren Logik des kapitalistischen Systems, wo der Profit alles und die Sicherheit der Menschen für Leib und Leben gar nichts gilt.

Und in dem gleichen System wurzelt auch die Gefahr eines neuen imperialistischen Krieges. Er wird nicht hervorgebracht durch „Produktionssteigerung“ oder durch die „Grenzen des Wachstums“, sondern vom Kampf der imperialistischen Mächte um die Aufteilung und Beherrschung der Welt. Gerade hier wird noch einmal der zutiefst reaktionäre Charakter der *grünen* Bewegung klar, der aus ihrer vollständigen Leugnung des Klassengegensatzes resultiert. Sie versucht alle Erscheinungen des gesellschaftlichen Lebens, einschließlich der größten Katastrophe für die Menschheit, des imperialistischen Krieges, ausschließlich aus dem Verhältnis zwischen Mensch und Natur herzuleiten.

Damit will sie die einzig wirkliche Alternative der Werktätigen, den Sturz der kapitalistischen Ordnung, verstellen und sie durch Scheinalternativen wie dem Wachstums-Stop ersetzen. Zugleich, indem sie für alles — von der Luftverschmutzung bis zum Atomkrieg — das Wachstum, die Technik usw. verantwortlich machen, blockieren sie den Kampf der Massen gegen die wirklichen Verantwortlichen für Krise und Kriegsgefahr — die kapitalistischen Profitjäger. Und so ist es denn auch nicht verwunderlich, daß ihnen diese Herren zunehmende Sympathien entgegenbringen und in den *Grünen* ein neues Instrument des Betrugs der Massen und der Lähmung der Kämpfe der Werktätigen sehen.

Im nächsten RM: Was die Grünen den Werktätigen zu bieten haben: Gürtel enger schnallen! „Grün und braun gehen jedenfalls gut zusammen.“

Ortsverein Stuttgart der IG Druck fordert:

Die Unvereinbarkeitsbeschlüsse müssen fallen!

Kämpferische Anträge an den Gewerkschaftstag

STUTTGART.— Am 29. November fand die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier statt. Eine ganze Reihe kämpferischer Anträge wurden verabschiedet, darunter auch der Antrag „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft", in dem gefordert wird, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ersatzlos gestrichen werden.

Wir geben den Antrag „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft" nebenstehend im vollen Wortlaut wieder. Der Antrag war von der Vertrauensleuteversammlung des Ortsvereins Stuttgart gestellt worden, die am 20. November tagte. Er wurde von der Mitglieder- und Delegiertenversammlung mit überwältigender Mehrheit angenommen. Nur eine Gegenstimme und vier Enthaltungen waren zu verzeichnen.

Diesen, wie auch eine Reihe weiterer wichtiger Anträge, die verabschiedet worden sind, haben die Stuttgarter IG-Druck-Kollegen an die anstehenden Delegiertenversammlungen auf Bezirks- und Landesbezirksebene sowie an den 12. Ordentlichen Gewerkschaftstag der IG Druck und Papier gerichtet. Letzterer findet im nächsten Jahr vom 12. bis 18. Oktober in Augsburg statt.

Im Folgenden seien die wichtigsten Anträge aufgeführt, die auf der Konferenz verabschiedet worden sind.

Im Antrag Nummer 4 werden Änderungen an dem Paragraphen 20, Nummer 9 der Satzung der IG Druck und Papier gefordert. Dieser Abschnitt der Satzung befaßt sich mit den Wahl der Tarifkommissionen, ihrer Wahl, ihrer Zusammensetzung und ihren Befugnissen. Die geforderten Satzungsänderungen richten sich gegen undemokratische Praktiken. Sie zielen darauf, daß der Wille der Basis bei der Aufstellung der Tarifforderungen und bei den Tarifabschlüssen besser zum Tragen kommt. Konkret werden folgende Änderungen verlangt:

1.) Künftig sollen bei den Wahlen für die zentrale Tarifkommission auf den Landesbezirkstagen nur noch ausschließlich Kollegen gewählt werden können, die nicht Angestellte des Gewerkschaftsapparates, sondern in Betrieben beschäftigt sind, und zwar in solchen, die zum jeweiligen Tarifbezirk gehören. Die Wahl freigestellter Funktionäre in die Tarifkommission soll künftig nicht mehr möglich sein (der zentralen Tarifkommission gehören nach der Satzung außer den auf den Bezirkstagen gewählten Kollegen automatisch auch die Mitglieder des Hauptvorstandes und verschiedene weitere leitende Funktionäre an).

2.) Nicht mehr auf jeweils 6000 Mitglieder wie bisher, sondern schon auf jeweils 5000 Mitglieder eines Landesbezirks soll künftig ein Sitz in den Tarifkommissionen entfallen.

3.) Künftig sollen die Mitglieder über die Annahme von Tarifabschlüssen demokratisch entscheiden können und zwar mit einfacher Mehrheit bei Urabstimmungen.

Diese drei Änderungspunkte wurden einzeln abgestimmt. Dabei erhielten die Punkte eins und drei eine jeweils nur knappe Mehrheit. Gegen die Verabschiedung dieser beiden Punkte hatten reaktionäre Funktionäre heftig opponiert. Auch dieser Antrag war übrigens von der schon erwähnten Vertrauensleuteversammlung eingebracht worden.

Antrag Nummer eins, der mehrheitlich verabschiedet worden ist, verurteilt das Treffen zwischen dem DGB-Vorsitzenden Vetter und dem Kanzlerkandidaten Strauß. In dem Antrag heißt es außerdem unter anderem: *„Wir sprechen uns gegen jede Art von Kontakten zwischen Repräsentanten der Gewerkschaften und dem Gewerkschaftsfeind Franz Josef Strauß aus."*

Die Kollegen verabschiedeten auch zwei Anträge an den Gewerkschaftstag zur Aussperrung (Nummer 3 und 4), die beide fast einstimmig (nur jeweils zwei Enthaltungen) angenommen wurden. Antrag Nummer 3 lautet:

„Der Gewerkschaftstag bekräftigt seine Beschlüsse von 1977 zum gesetzlichen Verbot der Aussperrung und beauftragt den Hauptvorstand, mit aller Kraft auf den DGB und die anderen Einzelgewerkschaften einzuwirken, damit diese die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung voll übernehmen und Aktionen dafür mittragen."

In der Antragsbegründung heißt es unter anderem:

„Allerdings haben nicht alle Gewerkschaften dazu so klare Beschlüsse wie die IG Druck und Papier. So lehnte zum Beispiel Koll. Loderer in seiner Rede vom 8.4.79 auf dem Killesberg den Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung ab und spekulierte stattdessen mit der Einsicht des Bundesarbeitsgerichts."

Antrag Nummer 5 sieht vor, daß der Gewerkschaftstag vom Hauptvorstand Rechenschaft fordert über seine Maßnahmen zum Kampf gegen die Aussperrung und über die unzureichende Durchführung entsprechender Beschlüsse des letzten Gewerkschaftstages. Ferner heißt es in dem Antrag:

„Der Gewerkschaftstag beschließt, daß in Zukunft ausgesperrte Betriebe bestreikt und, wenn möglich, auch besetzt werden."

Zweifellos können die Ergebnisse dieser Mitglieder- und Delegiertenversammlung als guter Erfolg für die kämpferischen und oppositionellen Kräfte in der IG Druck und Papier gewertet werden (siehe auch nebenstehenden Kommentar).

Im Wortlaut

„Unvereinbarkeitsbeschlüsse ersatzlos streichen"

Text des Antrages „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft"

Die Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart möge beschließen:

„Verteidigung der Einheitsgewerkschaft

Der Gewerkschaftstag verteidigt mit allem Nachdruck den Grundsatz der Einheitsgewerkschaft als freiwilligen Zusammenschluß christlicher, sozialdemokratischer, kommunistischer und parteiloser Arbeiter, Angestellter und Beamter, unabhängig von ihren weltanschaulichen und parteipolitischen Auffassungen, auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Interessen als Lohnabhängige.

Wir verurteilen alle Tendenzen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung, die schon bisher das Prinzip der Einheitsgewerkschaft verlassen haben.

Der Hauptvorstand soll im Rahmen des DGB auf die anderen Einzelgewerkschaften einwirken, vorhandene ‚Unvereinbarkeitsbeschlüsse' ersatzlos zu streichen. Mitglieder faschistischer Organisationen sind aus der Gewerkschaft auszuschließen.

Der Gewerkschaftstag tritt allen Versuchen der Unternehmer und der sie repräsentierenden Politiker entgegen, das Lebensprinzip der Einheitsgewerkschaft mit Schlagworten wie ‚parteipolitische Unausgewogenheit', ‚kommunistische Unterwanderung' oder ‚Sozialismus = Faschismus' anzugreifen. Diese Angriffe zielen darauf ab, die Gewerkschaften zu spalten, aktive Kollegen herauszubrechen und sich letztlich unternehmerhörige Scheingewerkschaften zu schaffen.

Der aktive gewerkschaftliche Kampf gegen diese Angriffe ist notwendig und hat nichts mit Verletzung parteipolitischer Neutralität, aber alles mit der Verteidigung der Existenzgrundlagen unserer Gewerkschaft zu tun."

Nebenstellenvorstand ÖTV

Diskussion über Lohnforderung

Arbeiterkorrespondenz aus Diez

DIEZ (a.d. Lahn), 27.11.1979. — Gestern bei der letzten Sitzung des Nebenstellenvorstandes der ÖTV wurde auch über die Tarifforderungen für 1980 diskutiert.

Uns wurde mitgeteilt, daß am 1. Dezember die offizielle Forderung der ÖTV bekannt gemacht wird, in Presse und Fernsehen.

Daraufhin protestierten die meisten von uns und fragten, wofür dann überhaupt heute der Tagesordnungspunkt da sei. Wir bräuchten doch dann gar nicht zu diskutieren, wenn wir nach dem 1.12. doch nur mit dem Kopf nicken können.

Der Fachsekretär erwähnte, daß der letzte Gewerkschaftstag der ÖTV 1976 in Hamburg beschlossen habe, daß der Hauptvorstand die offizielle Forderung bekannt gibt.

Wir ließen uns aber nicht irr machen und forderten, daß trotzdem die Meinung von uns Kollegen gehört werden müßte. Wir hätten ja schon im September oder Oktober darüber reden können.

Außerdem dürfe sich der Hauptvorstand nicht nur auf offizielle Statistiken stützen. Daß die nicht immer stimmen, machte ich an der Teuerungsrate klar, die ja nicht 5,7 sondern 12,5 Prozent beträgt! Der Hauptvorstand muß die Meinung der Basis berücksichtigen!

Daraufhin machte jeder seinen Vorschlag. Die meisten der 25 Anwesenden waren für einen Sockelbetrag plus einer Prozentforderung. Ein Kollege forderte 220 bis 250 Mark plus sechs Prozent. Ein anderer Kollege und ich traten für einen Festgeldbetrag ein. Ein Kollege forderte einen extra Ölzuschlag.

Unternehmerpräsident zur Lohnrunde

„12 Prozent kommunistisch orientiert"

Wolfram Thiele, der Präsident der Metallunternehmer, hielt es für angebracht, der IG Metall für die Tarifrunde einen Ratschlag mit auf den Weg zu geben. Die IG Metall solle sich doch an dem 4,3 Prozent-Abschluß vom vergangenen Jahr orientieren, das sei angemessen. Hingegen seien die 12 Prozent, wie sie von verschiedenen Vertrauenskörpern gefordert werden, „kommunistisch orientiert".

Demnach ist also nur derjenige nicht kommunistisch orientiert, der sich wie ein Schaf das Fell über die Ohren ziehen läßt und sich mit dem Abbau seines Realeinkommens einverstanden erklärt?

Die Tausenden von IGM-Vertrauensleute, die sich für eine echte Lohnerhöhung einsetzen, wären hingegen alle kommunistisch orientiert? Möglicherweise sind gar die meisten überzeugte Kommunisten?

Die Äußerungen des Herrn Thiele zeigen wieder einmal, worauf die in letzter Zeit angeheizte Propagandakampagne von der sogenannten „kommunistischen Unterwanderung" der Gewerkschaften abzielt: der gewerkschaftliche Kampf für die Interessen der Arbeiter und kleinen Angestellten soll mittels antikommunistischer Hetze diffamiert werden.

Leider sind es häufig Gewerkschaftsführer selbst, die dieser Propaganda sogar noch Vorschub leisten. IGM-Chef Loderer hat zum Beispiel vor zwei Wochen auf der Vertreterversammlung der Kölner IGM versucht, mit antkommunistischen Hetztiraden die Forderung nach 12 Prozent, die von einer Reihe von Kollegen vertreten worden war, niederzubügeln.

Kämpfen wir gemeinsam für die wirkliche Einheitsgewerkschaft!

Zu den Anträgen der Stuttgarter IG-Druck-Kollegen

Die Ergebnisse der Mitglieder- und Delegiertenversammlung des Ortsvereins Stuttgart der IG Druck und Papier scheinen uns einer näheren Betrachtung wert zu sein. Sie sind ein Beispiel dafür, daß das gewerkschaftliche und politische Engagement in der Arbeiterklasse gewachsen ist.

Heute stehen die Mitgliedermassen und ein Großteil der unteren Funktionäre in den DGB-Gewerkschaften der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung in diesem Staat um einiges kritischer und wachsamer gegenüber, als dies noch vor einigen Jahren der Fall war. Nicht zuletzt herrscht eine größere Klarheit über die Rolle der Gewerkschaftsführung, die sich mit den Kapitalisten und der politischen Reaktion paktiert, und deren teils reformistische, teils auch offen reaktionäre Politik für die Arbeiterbewegung verhängnisvoll und gefährlich ist.

Jetzt zeigt es sich, daß die Erfahrungen und Kämpfe der letzten Jahre ihre Auswirkungen auf das Bewußtsein der sieben Millionen DGB-Mitglieder hatten. Das gilt für die Druckergewerkschaft vielleicht in besonderem Maße, denn gerade in der Druck- und Verlagsindustrie sind in den letzten Jahren scharfe soziale Konflikte aufgebrochen. Denken wir an den brutalen Rationalisierungsfeldzug der Druckerei- und Verlagsherren im Zusammenhang mit der Einführung neuer Satz- und Drucktechniken.

Die Druckereiarbeiter haben sich zur Wehr gesetzt. Sie haben zwei große Streiks in den vergangenen vier Jahren durchgeführt, eine Bilanz, die sie unter den Arbeitern in Westdeutschland und Westberlin mit an die Spitze stellt.

Das gilt auch für die Schärfe des Kampfes. Während ihres Lohnstreiks im Frühjahr 1976 organisierten die Kollegen Auslieferungsblockaden vor den Toren der Druck- und Verlagshäuser. Dabei wurden sie mit brutalen Polizeieinsätzen konfrontiert. Auch den Aussperrungsknüppel bekamen die Druckereiarbeiter zu spüren. Das war, als sie im Frühjahr 1978 gegen den Rationalisierungsterror und die unsozialen Auswirkungen der neuen Techniken streikten. Damals antworteten die Kollegen in Frankfurt mit der Besetzung des Druckhauses der *Frankfurter Rundschau*.

In den Anträgen, die der Ortsverein Stuttgart der Druckergewerkschaft nun an den Gewerkschaftstag richtet, spiegeln sich die Erfahrungen aus diesen Kämpfen wider. Diese lauten kurz zusammengefaßt: Die wirtschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse müssen kompromißlos zur Geltung gebracht werden und dies ist nur durch konsequenten gewerkschaftlichen Kampf möglich, einen Kampf, der sich nicht auf wirtschaftliche Forderungen beschränken kann, sondern der auch für politische Ziele geführt werden muß.

In diesem Zusammenhang muß besonders der Antrag „Verteidigung der Einheitsgewerkschaft" hervorgehoben werden. Ganz im Gegensatz zu den DGB-Bonzen, die das Wort „Einheitsgewerkschaft" ja nicht oft genug im Munde führen können, verteidigt dieser Antrag wirklich die Einheitsgewerkschaft gegenüber den Angriffen der Strauß und Co. aber auch gegenüber allen jenen, die sich als Freunde oder gar Repräsentanten der Einheitsgewerkschaft aufspielen, während sie in Wahrheit das Geschäft der Spaltung betreiben.

In diesem Antrag wird klargestellt, daß die Unvereinbarkeitsbeschlüsse gegen Kommunisten und andere revolutionäre oder klassenkämpferische Gewerkschafter die Einheitsgewerkschaft zerstören. Er weist die falschen Freunde konsequent zurück, die heuchlerisch unter der Losung der Einheitsgewerkschaft ihr reaktionäres, antikommunistisches Süppchen kochen wollen. Daß die Arbeiterklasse die Einheit braucht, daß sie Gewerkschaften braucht, die wirkliche Kampforganisationen gegen das Kapital sind, das war eine Erkenntnis, die die Versammlung der Stuttgarter IG-Druck-Kollegen bestimmt hat. Um aber die Gewerkschaften in diesem Sinne für die Arbeiterklasse erobern zu können, um den Einfluß der arbeiterfeindlichen Bonzen zu brechen und die Einheitsgewerkschaft zu verwirklichen, ist der gemeinsame, zielstrebige und organisierte Kampf aller klassenkämpferischen Gewerkschafter gegen die DGB-Führung und ihre verräterische Politik notwendig. Das ist der Standpunkt von uns Kommunisten.

Eine solche Kraft, die in diesem Sinne in den Gewerkschaften arbeitet und kämpft, gibt es bereits: die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition (RGO). Sie ist zwar noch klein und hat noch nicht sehr viele Mitglieder. Aber sie hat bereits unter vielen Kollegen ein ziemlich hohes Ansehen gewonnen, weil ihre Politik konsequent auf die Einheitsfront der Arbeiterklasse gerichtet. Wir rufen alle fortschrittlichen Gewerkschafter, unabhängig von Weltanschauung und Parteizugehörigkeit auf: Tretet in die RGO ein und macht sie zu einer starken Kraft.

Einschüchterungsversuche der CDU/CSU

RFFU will für Erhaltung des NDR streiken!

WESTBERLIN.— Nach einem Beschluß des Hauptvorstands der Rundfunk-, Fernseh- und Filmunion (RFFU) soll am 19. Dezember — erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik — ein bundesweiter Streik an allen Rundfunk- und Fernsehanstalten durchgeführt werden.

Die Arbeit soll in den Hauptsendezeiten von 20.00 bis 24.00 Uhr niedergelegt werden. Das gesamte Hörfunk- und Fernsehprogramm soll in dieser Zeit ausfallen. Die Urabstimmung wurde für den NDR auf den 6. und 7. Dezember und für die übrigen Anstalten auf den 13. und 14. Dezember angesetzt. Bei Redaktionsschluß war das Ergebnis der Urabstimmung im NDR noch nicht bekannt.

Der Warnstreik richtet sich gegen die Zerschlagung des Norddeutschen Rundfunks als Dreiländeranstalt. Mit dieser Zerschlagung will die CDU/CSU eine/ wichtigen Schritt zu einer extrem reaktionären Ausrichtung und Gleichschaltung der Massenmedien tun. Die Delegierten auf dem kürzlich durchgeführten Gewerkschaftstag der RFFU hatten in einer Resolution erklärt, daß sie als erstes Kampfmittel gegen diesen Angriff einen Warnstreik durchführen wollen.

Kaum war der Beschluß der RFFU-Führung bekanntgegeben, begann eine reaktionäre Hetz- und Drohkampagne gegen die RFFU-Kollegen. Die CDU/CSU stellt den Streik als illegal hin. Sie beruft sich dabei auf das Verbot von politischen Streiks in der Bundesrepublik. Der Intendant des Bayrischen Rundfunks drohte inzwischen allen Beschäftigten mit Entlassung, falls sie sich an dem Streik beteiligen. Außerdem will er beim Arbeitsgericht eine einstweilige Verfügung gegen den Streik erreichen.

Gleichzeitig mit diesen Drohungen wird z. B. in der Springer-Presse eine üble Hetzkampagne gegen den geplanten Streik betrieben. Man versucht der Bevölkerung weiszumachen, der Streik richte sich gegen sie.

All diese unverfrorenen Angriffe und Drohungen gegen die RFFU müssen durch die feste Solidarität und den massiven Protest der anderen Gewerkschaften entschlossen zurückgewiesen werden. Zugleich zeigt dieser Fall wieder die Notwendigkeit, den Kampf für ein volles, uneingeschränktes Streikrecht zu führen. Weg mit dem Verbot politischer Streiks!



Vor der Konzernverwaltung von Mannesmann in Düsseldorf demonstrierten Kollegen vom Werk Hilden gegen die Stillegungspläne der Mannesmann-Kapitalisten.

Protestaktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung

„Wieviel Werke müssen weichen für den Profit der Reichen?"

Georg Benz: „IGM bereitet Kampfmaßnahmen vor"

ESSLINGEN. — Am 4. Dezember, kurz nachdem der Aufsichtsrat von AEG-Telefunken seine Entscheidung über Dr. Cipas „Sanierungskonzept" bekanntgegeben hatte, legten die Arbeiter im AEG-Werk Esslingen für eine Stunde die Arbeit nieder.

Die 850 Beschäftigte zählende Belegschaft befürchtet, daß auch dieses Werk auf der Stillegungsliste der AEG-Konzernherren steht. Mit ihrem Warnstreik machten sie klar, daß sie entschlossen sind, für ihre Arbeitsplätze zu kämpfen.

In verschiedenen anderen AEG-Betrieben fanden außerordentliche Belegschaftsversammlungen statt. So auch in der Zentralverwaltung in Frankfurt! Nach Erklärungen der AEG-Bosse sollen im Verwaltungsbereich des Konzerns „umgehend" 2.200 Arbeitsplätze „eingespart" werden.

Die Belegschaftsversammlung in der Zentralverwaltung protestierte *„entschieden gegen Art und Umfang des geplanten Kostensenkungsprogramms und die damit verbundenen Massenentlassungen bei AEG-Telefunken."* Die Kollegen kündigten Protestaktionen an.

Bisher sind vom Vorstand der IG Metall keinerlei Initiativen ausgegangen in Richtung der Organisierung gemeinsamer Kampfmaßnahmen der Belegschaften im AEG-Konzern. Aber weil die Kritik der Metaller über dieses Verhalten immer heftiger wurde, gab das IGM-Vorstandsmitglied Georg Benz jetzt eine Erklärung ab, in der davon die Rede ist, daß die IGM Kampfmaßnahmen vorbereiten will. Benz sagte, der IG Metall-Vorstand und die Bezirksleitungen würden dabei die Koordination und die Vermittlung von Informationen übernehmen.

Da kann man nur sagen: Nehmen wir Benz beim Wort. Fordern wir konkret die Organisierung bestimmter Aktionen und Kampfmaßnahmen. Am 15. Januar soll die außerordentliche Hauptversammlung der AEG-Aktionäre stattfinden. Dieser Anlaß darf nicht ungenutzt vorbeigehen. An diesem Tag muß die IG Metall bundesweit und in Westberlin gemeinsame Aktionen der AEG-Belegschaften organisieren!

DÜSSELDORF.— Am Freitag, den 8. Dezember, marschierten Arbeiter des Werkes in Hilden (bei Düsseldorf) der Mannesmann-Röhrenwerke vor der Düsseldorfer Verwaltungszentrale des Stahlkonzerns auf. Sie demonstrierten gegen die geplante Stillegung des Werkes Hilden und für die Erhaltung der 660 Arbeitsplätze. Mit Transparenten und Sprechchören brachten die Stahlarbeiter ihren Protest und ihre Forderungen zum Ausdruck. Ihre Parolen lauteten: **„Hilden muß leben, der Vorstand muß gehen!" — „Entlaßt den Vorstand und nicht die Arbeitnehmer!" — „Wieviel Werke müssen noch weichen für den Profit der Reichen?!" — „Wir kämpfen gegen die Profitgier der Unternehmer — MRW Hilden muß erhalten bleiben!"**

Bundesarbeitsgericht verhandelt im März über Aussperrung

Gewerkschaftliche Aktionen sind notwendig!

Wie uns gemeldet wurde, wird am 3. und 4. März nächsten Jahres das Bundesarbeitsgericht in Kassel öffentlich die Rechtmäßigkeit der Aussperrung verhandeln

Dieser Termin muß zum Anlaß dafür gemacht werden, den Kampf für das Verbot der Aussperrung verstärkt voranzutreiben. Der 3. und 4. März müssen zu einem Höhepunkt der Bewegung für das Verbot der Aussperrung werden. Deshalb ist es notwendig, daß die Gewerkschaften rechtzeitig entsprechende Aktionen in die Wege leiten, denn natürlich genügt es nicht, für das Verbot der Aussperrung innerhalb des Gerichtssaales zu agieren.

Bekanntlich haben DGB-Führer wie der IGM-Vorsitzende Loderer, der Forderung nach einem **gesetzlichen** Verbot der Aussperrung durch den Bundestag ausdrücklich eine Absage erteilt. Sie vertreten den Standpunkt, die Gewerkschaften sollten sich darauf beschränken zu fordern, daß das Bundesarbeitsgericht die Aussperrung „wieder aus der Welt schafft", indem es sie für unrechtmäßig erklärt.

Diese Haltung verurteilen wir. Es gibt keinen vernünftigen Grund, warum man auf die Forderung nach einem gesetzlichen Verbot der Aussperrung verzichten sollte. Warum soll man denn der Regierung und dem Bundestag die Möglichkeit geben, sich vornehm aus der Auseinandersetzung um die Aussperrung herauszuhalten und sich davor zu drücken, Farbe zu bekennen? Vor allem aber ist der Kampf für ein gesetzliches Verbot der Aussperrung der beste und erfolgversprechendste Weg. Durch ein gesetzliches Verbot wäre eine eindeutige und klare Rechtslage geschaffen. Und schließlich sind fast die Hälfte aller Bundestagsabgeordneten DGB-Mitglieder!

Aber auf der anderen Seite vertreten wir keineswegs den Standpunkt, daß der Kampf für das Verbot der Aussperrung **ausschließlich** in Richtung gesetzliches Verbot geführt werden soll. Natürlich muß auch an das Bundesarbeitsgericht die Forderung nach dem Verbot der Aussperrung gerichtet werden.

Ohne daß man allerdings gehörig Dampf macht, ist da nichts drin. Ohne daß man den Herren in Kassel durch entsprechende Aktionen deutlich vor Augen führt, daß die Gewerkschaften bereit sind, ihre Forderung mit ihrer ganzen Kraft zu vertreten und durchzusetzen, sind die Aussichten, daß das Bundesarbeitsgericht sein bereits zweimal ausgesprochenes „Ja" zur Aussperrung rückgängig macht, gleich Null.

Es ist deshalb an der Zeit, daß die DGB-Führer den Kampf über die Gerichtssäle hinaustragen und eine entsprechende Kampagne einleiten. Diese Kampagne sollte ihren ersten Höhepunkt aus naheliegenden Gründen darin finden, daß der DGB am 3. oder 4. März in Kassel eine zentrale Demonstration durchführt.

Kollegen und Genossen! Richten wir an die DGB-Führung in diesem Sinne die entsprechenden Aufforderungen oder Anträge!

Morgenpost soll doch sterben!

Das schmutzige Täuschungsmanöver der SPD-Führung

Am Ende des Parteitags die Karten aufgedeckt

HAMBURG.— Große Empörung hat das skandalöse Vorgehen der SPD-Führung in Sachen Morgenpost ausgelöst. Nach einem hinterhältigen Täuschungsmanöver rückte man am Ende des SPD-Parteitages damit heraus, daß der Tod der parteieigenen Zeitung so gut wie sicher ist.

So zog man, um die Empörung wenigstens bis zum Parteitag abzuwiegeln, ein widerwärtiges Täuschungsmanöver ab. Halstenberg führte (wirklich oder nur vorgetäuscht?) geheimnisvolle Verhandlungen zur „Rettung der Morgenpost". Er behauptete: „Ich habe ein Konsortium an der Hand. Die Morgenpost wird auf jeden Fall weiter erscheinen." Als aber der Betriebsrat sich um Informationen über das angebliche Projekt bemühte, wurden diese merkwürdigerweise verweigert. Nicht das geringste war zu erfahren! Der Betriebsrat trat daraufhin aus Protest zurück.

In der Nacht zum Donnerstag, als der SPD-Parteitag im wesentlichen gelaufen war, ließ Halstenberg die Katze dann aus dem Sack: Die Verhandlungen seien gescheitert. Der Belegschaft der Morgenpost wurde allerdings keine Mitteilung gemacht. Die Redakteure erfuhren von ihrem Schicksal am Donnerstag vormittag zufällig durch die Meldung einer Nachrichten agentur, die über den Fernschreiber tickerte.

Ihr schmutziges Spiel wollen die SPD-Führer jetzt dadurch vertuschen, daß sie es auch noch weitertreiben. Ein „letzter Rettungsversuch" wurde angekündigt: Anteilscheine für eine Beteiligungsgesellschaft im Wert von 5.000 DM werden angeboten. Der Vorschlag kommt von Wehner. Tausend solcher Anteilscheine — so Wehner — können die Morgenpost noch retten. Wir müßten uns jedoch schwer täuschen, wenn hier etwas anderes gerettet werden soll als die weiße Weste der SPD-Bonzen.

AEG-Boß Dr. Cipa und seine Hintermänner

Der Arbeitsplatzkiller

Die Profithaie, die bei AEG-Telefunken Regie führen, nennen ihr Konzept „Kostensenkungsprogramm". Und welche Kosten sind es, die gesenkt werden? Es sind die Lohn- und Gehaltskosten.

Dieses „Heilmittel" soll bei dem kranken Elektroriesen wieder Milliardenprofite sprudeln lassen. Für Tausende von Arbeitern und Angestellten bedeutet diese Art von „Sanierung" eine berufliche Katastrophe. Denn von den mindestens 13 000, die allein im nächsten Jahr ihren Arbeitsplatz verlieren sollen, wird für tausende beim Arbeitsamt Endstation sein.

Seit 1970 wurden bei AEG bereits 40.000 Arbeitsplätze vernichtet. Der zweitgrößte Elektrokonzern der Bundesrepublik war durch einen erbarmungslosen Konkurrenzkampf mit Siemens (der Nummer Eins in Westdeutschland) in die Krise geschlittert. Die Zeche sollen wie immer die Belegschaften bezahlen.

Hinter AEG steht vor allem die Dresdner Bank. 1975 engagierte der damalige Chef der Dresdner Bank, der inzwischen verblichene Finanzmagnat Jürgen Ponto, einen Manager, dem er die Mission übertrug, aus dem Elektroriesen wieder eine Quelle von Höchstprofit zu machen. Das war Dr. Cipa.

1976 sprach dieser Mann im Westberliner Fernsehen mit einem schlichten Satz gelassen aus, wie er seinen Auftrag versteht: *„Wir werden mit weniger Leuten mehr produzieren."*

Und so handelte Cipa auch. Unter seinem Regime wurde der Rationalisierungsterror bei AEG-Telefunken brutal verschärft. Allein in diesem Jahr wurden 6.000 Arbeitsplätze vernichtet. Cipa aber begnügte sich nicht mit Flickwerk. Unter seiner Leitung wurde ein Sanierungsplan entwickelt und der Konzern so umgebaut und ausgerichtet, daß künftig wieder jene Milliarden an Profiten winken, ohne die die Finanzhaie kein Interesse hätten, sein Weiterbestehen zu ermöglichen.

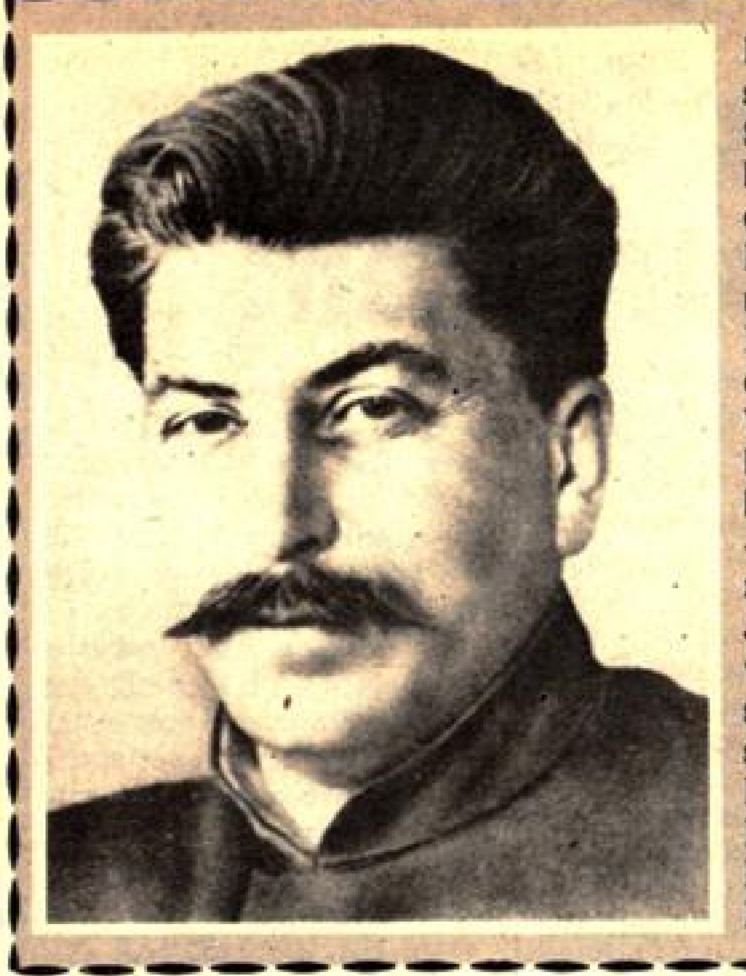
Grundlage dafür ist ein beispielloser Rationalisierungsfeldzug: Verschärfung der Arbeitshetze, Massenentlassungen, rücksichtslose Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen.

Ein „Produktivitätsvergleich" mit anderen Unternehmen soll den Maßstab für die Rationalisierung liefern. Cipa begründete das Sanierungskonzept mit den Worten: Ausgangspunkt der Maßnahmen sei, daß AEG-Telefunken *„mit noch zu viel Personal arbeitet".*

Für den Sommer nächsten Jahres hat Cipa seinen Abgang bei AEG angekündigt. Er hat seine Mission erfüllt. Er war die eines Arbeitsplatzkillers. Seine Hintermänner, vor allem der ehemalige Bundeswirtschaftsminister und heutige Chef der Dresdner Bank, Hans Friderichs, werden Cipa nicht verkommen lassen. Tausende von AEG-Beschäftigten, Arbeiter und Angestellte, sehen hingegen einer ungewissen, teilweise düsteren Zukunft entgegen.

Stalins Deutschlandpolitik

Die jahrzehntelange systematische Verteufelung Stalins — eine Tradition, deren Beginn in Deutschland Hitler und Goebbels, deren weiteren Verlauf Gestalten wie Adenauer, Schumacher und Strauß, Ulbricht und Honecker markieren —, diese Verteufelung hat unter den deutschen Werktätigen leider einigen Erfolg gehabt. Vor allem ist es den Reaktionären gelungen, die Deutschlandpolitik Stalins so zu verdrehen und zu entstellen, daß Stalin gar als ein Feind des deutschen Volkes erscheint. Diese Darstellung aber ist eine der massivsten Geschichtslügen der jüngsten Zeit — aufgebaut mit dem Ziel, die Politik des Sozialismus zu diskreditieren und die für das deutsche Volk bedrohliche und verderbliche Politik der westlichen Imperialisten — einschließlich der deutschen — zu rechtfertigen und zu beschönigen.



In diesem Jahr jährt sich zum einhundertsten Mal der Geburtstag Josef Stalins. Stalin war mehr als ein halbes Jahrhundert lang ein großer kommunistischer Führer, ein Kämpfer an der vordersten Front der Partei der Bolschewiki und der internationalen kommunistischen Bewegung, war Lehrer, Führer und Inspirator des Kampfes des revolutionären Proletariats der ganzen Welt. Anläßlich des einhundertsten Geburtstages haben zahlreiche marxistisch-leninistische Organisationen und Parteien — darunter die KPD/ML — das Jahr 1979 zum Stalin-Jahr erklärt. Sie nehmen das Jahr zum Anlaß, um Stalin und sein Werk verstärkt zu würdigen und gegen die verschiedenen bürgerlichen und revisionistischen Angriffe zu verteidigen (Text der Erklärung: „Roter Morgen" Nr. 31/79). Der „Rote Morgen" befaßt sich in einer Reihe von Artikeln mit Stalin und seiner Politik.

„Die Hitler kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt"

Stalins Haltung zum deutschen Volk war immer die eines echten proletarischen Internationalisten. Immer machte er einen Unterschied zwischen den werktätigen Massen Deutschlands und den militaristischen und faschistischen Cliquen, die das Volk ausplünderten und betrogen, die es in den Weltkrieg und in das Unglück stürzten. Stalin machte diesen Unterschied auch noch, als die deutschen Faschisten in die UdSSR einfielen, als sie 20 Millionen sowjetische Menschen mordeten, als sie die sowjetischen Städte und Dörfer verwüsteten und die sowjetischen Gebiete plünderten.

Am 23. Februar 1942 erklärte Stalin: **„Die Hitler kommen und gehen, aber das deutsche Volk, der deutsche Staat bleibt."** Am 6. November umriß er die Aufgabe der Sowjetarmee und der Antihitlerkoalition so: „Eine solche Aufgabe wie die Vernichtung Deutschlands haben wir nicht, denn es ist unmöglich, Deutschland zu vernichten, so wie es unmöglich ist, Rußland zu vernichten. Aber den Hitlerstaat vernichten — das kann man und soll man."

Spricht so ein Feind des deutschen Volkes? — So spricht der Feind des deutschen Militarismus und Faschismus, die auch die Feinde und die Verderber des deutschen Volkes sind. An der Befreiung des deutschen Volkes von Militarismus und Faschismus war die Rote Armee unter Führung des Generalissimus Stalin entscheidend beteiligt, und schon allein diese Tatsache weist Stalin als einen Freund des deutschen Volkes aus.

Sowjetunion — Hinterland des deutschen Widerstands

Die Sowjetunion leistete nicht nur den entscheidendsten Beitrag zur militärischen Niederschlagung des Hitlerfaschismus, sie bildete gleichzeitig das wichtigste Hinterland für den Widerstandskampf deutscher Antifaschisten. Die Sowjetunion nahm zahllose aus Deutschland geflohene Hitler-Gegner auf; die deutschsprachigen Sendungen von Radio Moskau waren lange Zeit die einzige Stimme der Freiheit, die in dem faschistischen Deutschland zu hören war. In der Sowjetunion gründeten deutsche Antifaschisten das Nationalkomitee Freies Deutschland (NKFD) und legten damit eine wichtige Grundlage für den künftigen Neubeginn Deutschlands. Mit Unterstützung der Sowjetregierung konnten die deutschen Antifaschisten unter den gefangenen Wehrmachtsangehörigen für die Ziele des NKFD agitieren und sie für ein künftiges demokratisches Deutschland gewinnen. — Überhaupt war die Behandlung der deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR — in Westdeutschland Gegenstand übelster Hetze — ein weiterer Beweis für die Freundschaft Stalins gegenüber dem deutschen Volk. Während die Hitler-Faschisten es ablehnten, die Bestimmungen der Genfer und Haager Konventionen auf die gefangenen sowjetischen Soldaten anzuwenden, wurden diese Bestimmungen von der Sowjetregierung strikt befolgt. Während die Nazis drei bis vier Millionen russischer Kriegsgefangener vergasten und erschossen oder sie verhungern ließen — auch ein Holocaust! —, bedeutete die russische Kriegsgefangenschaft für Millionen deutscher Soldaten das Entrinnen aus den Schrecken des Krieges, den Beginn eines neuen Lebens. Die von den faschistischen Mordbrennern verwüstete und von Hungersnöten heimgesuchte Sowjetunion gab den Kriegsgefangenen Unterkunft, Verpflegung und medizinische Betreuung. Die Mängel und Unbilden, die die deutschen Kriegsgefangenen in der UdSSR erlitten, können nicht der Sowjetregierung angelastet werden, sondern sie gehen auf das Konto der faschistischen Barbaren, die durch den militärischen Überfall und die Besetzung der Sowjetunion in eine katastrophale Versorgungslage brachten. — Bis 1950 kehrten rund zwei Millionen Deutsche aus russischer Kriegsgefangenschaft zurück.



Stalin wußte sehr wohl zwischen der Hitlerclique und dem deutschen Volk zu unterscheiden. Gegenüber der Hitlerclique gab es für ihn nur eine Politik: militärische Vernichtung. Das deutsche Volk aber hatte in Stalin stets einen aufrichtigen Freund. — Das Bild zeigt sowjetische Truppen, die warmes Essen an die deutsche Bevölkerung verteilen.

Für die Einheit Deutschlands

In der Antihitlerkoalition, der unter anderem die USA, England und die UdSSR angehörten, gab es bezüglich der künftigen Behandlung Deutschlands und des deutschen Volkes verschiedene Standpunkte. Die imperialistischen Regierungen der USA und Englands, die Deutschland als Konkurrenten ausschalten und das Land in ihre Kolonie verwandeln wollten, vertraten den Standpunkt der Spaltung Deutschlands und seiner Zerstörung als Industriestaat. So versuchten 1943 (Teheraner Konferenz) und 1944 Roosevelt und Churchill eine Teilung Deutschlands in mehrere souveräne Länder durchzusetzen, wobei die Industriegebiete der Ruhr und der Saar dem deutschen Volke genommen werden sollten. Deutschland sollte in ein Land umgewandelt werden, „das in erster Linie den Charakter des Ackerbaus und der Weidewirtschaft trägt."

Diesen Plänen trat Stalin entschieden entgegen und durchkreuzte sie. Am Tage nach der faschistischen Kapitulation bekräftigte er seinen Standpunkt: **„Die Sowjetunion feiert den Sieg, wenn sie sich auch nicht anschickt, Deutschland zu zerstückeln und zu vernichten."** Diesen Standpunkt setzte Stalin auch bei den Potsdamer Verhandlungen mit den USA und England durch; der Standpunkt wurde niedergelegt im Potsdamer Abkommen, das 1945 die vertragliche Grundlage für die weitere Entwicklung Deutschlands bildete.

Das Potsdamer Abkommen forderte die Behandlung Deutschlands als ein einheitliches wirtschaftliches Ganzes; es ging damit aus von der Einheit der deutschen Nation. Das Potsdamer Abkommen sah vor, daß die Kriegsverbrecher und Naziverbrecher in Deutschland ihre gerechte Strafe erhielten, und daß der Militarismus mit Stumpf und Stiel ausgerottet würde. Die konsequente Durchführung dieser Bestimmungen hätte Deutschland als einheitlichen Staat erhalten und das ganze deutsche Volk von den kriegslüsternen raubgierigen Kräften des deutschen Imperialismus befreit. Die antifaschistisch-demokratischen und nationalen Kräfte in ganz Deutschland, die diesen Inhalt erkannten, nahmen das Potsdamer Abkommen zur Grundlage ihrer Politik.

Es ist bekannt, daß die westlichen imperialistischen Besatzungsmächte im Laufe der Besatzungsjahre die Bestimmungen des Potsdamer Abkommens zunehmend mit Füßen traten und die Durchführung des Abkommens verhinderten. Mit der Schaffung zunächst der Bi- und dann der Trizone, mit der separaten Währungsreform und der Spaltung Berlins strebten sie die Spaltung Deutschlands an und vertieften sie ständig. Sie setzten in ihrem Machtbereich die alten Faschisten und Militaristen wieder in die Machtpositionen ein und restaurierten den niedergeschlagenen deutschen Imperialismus. Die antifaschistischen und demokratischen Kräfte wurden gewaltsam unterdrückt. Westdeutschland sollte zum militärischen Aufmarschgebiet und zur Speerspitze eines Krieges gegen den sozialistischen Osten werden. Die Höhepunkte in dieser reaktionären, für das deutsche Volk äußerst bedrohlichen Entwicklungen bildeten die Gründung des westdeutschen Spalterstaats „Bundesrepublik Deutschland" und die Einbeziehung dieses Staates in das aggressive NATO-Bündnis.

Unter diesen Bedingungen gewann der Osten Deutschlands — zunächst die Sowjetisch Besetzte Zone (SBZ) und dann die Deutsche Demokratische Republik (DDR) — eine zunehmende Bedeutung als Bastion im Kampf für die Verwirklichung des Potsdamer Abkommens, im Kampf für die nationale Einheit Deutschlands, für eine demokratische Entwicklung und gegen die Kriegsgefahr. Stalin erwies sich auch hierin als der Freund des deutschen Volkes, daß er diesen Kampf vorbehaltlos unterstützte, daß er, wie er es tat, um die DDR als Bastion dieses Kampfes zu stärken. Die erfolgreiche Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik in den ersten Jahren ihres Bestehens wäre undenkbar gewesen ohne die Hilfe, die sie von der Sowjetunion erhalten hat. Dazu gehört die diplomatische Anerkennung, die Entfaltung des sowjetisch-deutschen Warenverkehrs, die Herabsetzung der Reparationsverpflichtungen, die Aufnahme in den Rat für gegenseitige wirtschaftliche Hilfe, die Vermittlung der großen sowjetischen Erfahrungen in der Wirtschaftsplanung und in der Entwicklung neuer Produktionsmethoden sowie unzählige andere Maßnahmen auf wissenschaftlichem, künstlerischem und kulturellem Gebiet.

Für das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes

Wie Stalin in Teheran und Potsdam das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes verteidigt hatte, indem er gegen die Spaltungs- und Zerreißpläne der westlichen Imperialisten aufgetreten war, so verteidigte er dieses Selbstbestimmungsrecht auch nach 1947, als die Imperialisten die Spaltung Deutschlands immer mehr zu einer Tatsache werden ließen. Die Stalinsche Sowjetunion vertrat in der internationalen Arena stets die nationalen Grundinteressen des deutschen Volkes. Sie forderte, daß über die Zukunft Deutschlands nicht über die Köpfe des deutschen Volkes hinwegentschieden werden würde.

Bereits auf der Londoner Außenministerkonferenz 1947 forderte der Vertreter der Sowjetregierung die Einladung und Anhörung einer Delegation des deutschen Volkes. Verbunden mit ganz konkreten Vorschlägen für die Ausarbeitung eines Friedensvertrages mit Deutschland wiederholte die Sowjetregierung diesen Vorschlag auf der Pariser Tagung der Außenminister im Jahre 1949. Im Oktober 1950 traten in Prag die Außenminister der Sowjetunion und der europäischen volksdemokratischen Staaten zu einer Konferenz zusammen. Es war die erste internationale Konferenz, an der die Regierung der DDR gleichberechtigt teilnahm. Die Konferenz forderte die Westmächte auf, zu einer gemeinsamen Politik mit der Sowjetunion im Geiste der Beschlüsse von Potsdam zurückzukehren und einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschließen.

Der Kampf um den Abschluß eines Friedensvertrages bildete einen Hauptbestandteil der Stalinschen Deutschlandpolitik zu Beginn der 50er Jahre, einen Hauptbestandteil des Kampfes um die Herstellung eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands. Am 10. März 1952 unterbreitete die Regierung der Sowjetunion in einer Note an die drei Westmächte den Entwurf eines Friedensvertrages mit Deutschland. Die Sowjetregierung schlug vor: Wiederherstellung Deutschlands als einheitlicher Staat; Abzug aller Besatzungstruppen ein Jahr nach Inkrafttreten des Friedensvertrags; keinerlei Beschränkungen für die deutsche Friedenswirtschaft; Festlegung der deutschen Grenzen entsprechend den in Potsdam getroffenen Abmachungen; Verpflichtung Deutschlands, sich an keinen Militärbündnissen oder Koalitionen zu beteiligen, die gegen irgendeinen Staat gerichtet sind, der mit seinen Streitkräften am Krieg gegen Hitler-Deutschland teilgenommen hat; Durchführung von freien Wahlen und Bildung einer gesamtdeutschen Regierung, die an der Ausarbeitung des Friedensvertrags teilnehmen und ihn im Namen Deutschlands unterschreiben solle.

Mit ihren Vorschlägen hielt die Sowjetunion an ihrer Politik fest, Deutschlands Souveränität und Gleichberechtigung unter den anderen Staaten wiederherzustellen und das Wiedererstehen des deutschen Militarismus zu verhindern. Die sowjetischen Vorschläge boten reale Chancen für eine friedliche Lösung der deutschen Frage, für eine demokratische und einheitliche Entwicklung ganz Deutschlands, für die Vernichtung des Militarismus und die Ausschaltung der Kriegsgefahr in der Mitte Europas. Es waren Vorschläge, die ganz von dem Geist der Deutschlandpolitik Stalins erfüllt und getragen waren. Sie wurden jedoch von den westlichen imperialistischen Politikern zunichte gemacht, jenen Politikern, die nicht müde werden, Stalin als Feind des deutschen Volkes hinzustellen, und die in Wirklichkeit selbst die schlimmsten Feinde Deutschlands und des deutschen Volkes sind.

Stalin starb am 5. März 1953. Nicht lange nach seinem Tod wurden auch in der Sowjetunion die Prinzipien seiner Deutschlandpolitik über den Haufen geworfen. Aus der sozialistischen Politik Stalins wurde die sozialimperialistische eines Chruschtschow und Breschnew. Chruschtschow und Breschnew übernahmen von den westlichen Imperialisten die Linie der Spaltung Deutschlands, die Linie der imperialistischen Ausplünderung des von ihnen besetzten Teil Deutschlands und seine Verwandlung in ein militärisches Aufmarschgebiet. Auf deutschem Boden stehen sich heute die beiden imperialistischen Supermächte USA und UdSSR waffenstarrend gegenüber.

„Nazis raus aus Ketsch!“

(Fortsetzung von Seite 1)

Die Demonstration gegen den NPD-Parteitag, die am Samstagvormittag von dem Platz vor der Rheinhalle in einem kilometerlangen Zug durch die Gemeinde Ketsch zog, stieß bei den Ketscher Bürgern auf große Sympathie. An der Demonstration beteiligte sich auch die VOLKSFRONT mit einem eigenen Block von etwa 250 Teilnehmern. Unter ihren Emblemen nahmen auch die KPD/ML und die Rote Garde an der Demonstration teil. — Die Demonstranten riefen Parolen wie „Nazis raus aus Ketsch!“, „NPD — neue Politur, alte braune Nazi-Diktatur“ und „Stoppt Strauß — gegen Reaktion, Faschismus und Krieg!“

Nach der Demonstration sammelten sich die Antifaschisten wieder auf dem Platz vor der Rheinhalle. Auf der anschließenden Kundgebung hielt auch ein Vertreter der VOLKSFRONT eine kämpferische Rede. Darin bekräftigte er die Notwendigkeit des Kampfes gegen die Neonazis; er stellte aber auch klar, daß die Hauptgefahr einer faschistischen Entwicklung in der Bundesrepublik gegenwärtig von der reaktionären Politik der etablierten Parteien, vor allem aber von der Kanzlerkandidatur eines Franz Josef Strauß ausgeht. Die VOLKSFRONT stieß bei den versammelten Antifaschisten auf großes Interesse. Es konnten rund 100 Broschüren mit dem Aktionsprogramm der Volksfront und rund 400 Anti-Strauß-Aufkleber verkauft werden. Die Rote Garde verkaufte rund 100 *Rote Rebell*.

Für den Sonntag hatte eine sogenannte „Antibolschewistische antikommunistische Aktionsfront“ eine Kundgebung auf dem Marktplatz in Ketsch angekündigt. Dieser Provokation traten erneut über 2000 Antifaschisten entgegen. Sie versammelten sich ab 10 Uhr morgens in Ketsch, führten eine Demonstration durch, besetzten den Marktplatz und verhinderten so den Naziaufmarsch. Gleichzeitig wurde der weiter tagende Parteitag der NPD weiter von starken Polizeikräften gesichert.

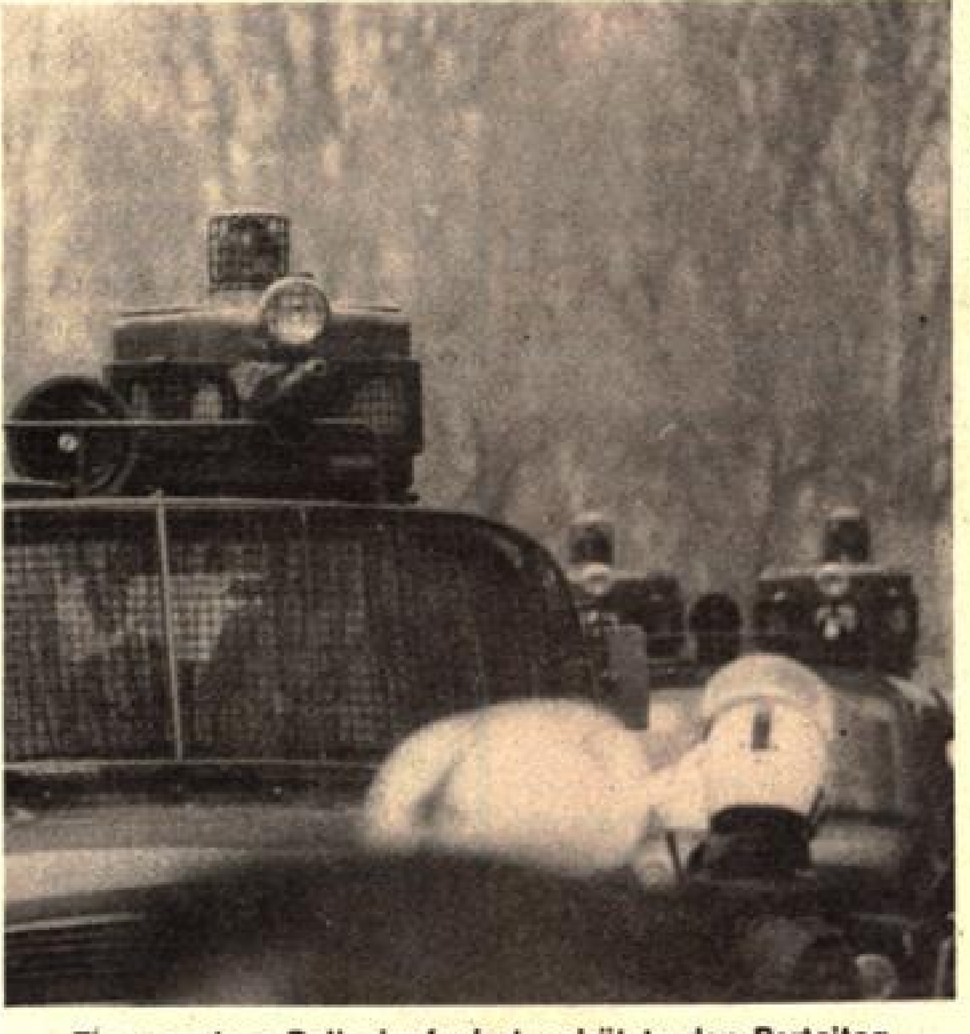
Auf dem NPD-Parteitag wurde der bisherige NPD-Vorsitzende Martin Mußgnug wiedergewählt. Stellvertreter wurde der Ex-Bundeswehrmajor Karl-Heinz Lindner. Günter Deckert — ein neofaschistischer Oberstudienrat aus Mannheim —, der für den Vorsitz kandidiert hatte, konnte sein Ziel nicht erreichen. Deckert war mit dem Programm angetreten, die NPD noch stärker zu einer faschistischen Kampfpartei umzuwandeln. Deckert ist auch der Schöpfer der „Antibolschewistischen, antikommunistischen Aktionsfront“.



Die Propagandamaterialien der VOLKSFRONT fanden großen Anklang



Mehr als 5000 Antifaschisten demonstrierten gegen den Nazi-Parteitag



Ein massives Polizeiaufgebot schützte den Parteitag

Jochen Beyer vor Gericht
Presseprozeß in Bochum

BOCHUM. — Am 5. Dezember begann in Bochum der Prozeß gegen den Genossen Jochen Beyer, den zeitweiligen presserechtlich Verantwortlichen der KPD/ML in Nordrhein-Westfalen. Der Prozeß sollte bereits vor einem Jahr stattfinden, war aber mehrmals verschoben worden.

Am ersten Prozeßtag war der Gerichtssaal bis zum letzten Platz gefüllt. Dies ist vor allem der großen Öffentlichkeitsarbeit zu danken, die die Initiative gegen Zensur und Abbau der Pressefreiheit vorher in Bochum geleistet hatte. Unter den Zuschauern befand sich auch eine Schulklasse. Zwar hatte der Staatsanwalt versucht, die Schüler vom Besuch der Verhandlung abzuhalten, indem er ihnen erklärt hatte, dies sei nichts für Jugendliche; die Schüler ließen sich aber davon nicht beeindrucken. — Auch für die nächsten Verhandlungstage haben sich wieder Schulklassen angesagt.

Jochen Beyer ist angeklagt wegen „Verunglimpfung der BRD“, „Beleidigung der Polizei“ und „Beleidigung von Strauß“. Es geht unter anderem um Äußerungen im Zusammenhang mit den Polizeischüssen in Bochum, mit dem Vorgehen der Polizei während der Schleyer-Entführung und während des Druckerstreiks im Jahre 1976 sowie um das Vorgehen der Polizei gegen Antifaschisten bei Nazi-Kundgebungen. Fünf umfangreiche Anklageschriften wurden dabei zu einem Prozeß zusammengefaßt.

Alle Geheimdienste legten „Wanzen“

Alle Nachrichtendienste des Bundes haben in den letzten Jahren in der Bundesrepublik Lauschoperationen mit Hilfe von „Wanzen“ vorgenommen. Dies ergibt sich aus Äußerungen der Chefs des Militärischen Abschirmdienstes (MAD), des Bundesamtes für Verfassungsschutz und des Bundesnachrichtendienstes (BND) vor dem Abhörausschuß des Bundestags. Nachdem der MAD bereits vor längerer Zeit elf und der Verfassungsschutz sechs Abhöraktionen eingeräumt hatte, berichtete, wie verlautete, auch BND-Präsident Klaus Kinkel von Lauschoperationen.

Die bekanntgewordenen Fälle dürften nur einen Bruchteil der wirklichen Schnüffelaktionen einer Einsatz von Wanzen darstellen.

„Von Stalin lernen heißt siegen lernen“
Großveranstaltung der KPD/ML zum Stalin-Jahr

Es spricht Ernst Aust, Vorsitzender des ZK der KPD/ML



Am 21. Dezember jährt sich zum hundertsten Mal der Geburtstag des Genossen Josef W. Stalin. Sein Name ist ebenso wie der Lenins verbunden mit dem Sieg der Oktoberrevolution, der eine neue Etappe in der Geschichte der Menschheit einleitete.

Stalins Name steht für die Festigung der Diktatur des Proletariats und den Aufbau des Sozialismus im ersten sozialistischen Land der Geschichte. Unter Stalins Führung warf die Sowjetunion den Hitler-Faschismus nieder und schuf so die Grundlage für das Entstehen eines Arbeiter- und Bauernstaats auf deutschem Boden.

J. W. Stalin war der Fortsetzer des großen Werks von Marx, Engels und Lenin. Er stand zu seinen Lebzeiten an der Spitze der internationalen Arbeiterbewegung, der er eine klare, revolutionäre Orientierung gab. **„Von Stalin lernen heißt siegen lernen“** — das war damals und ist auch heute eine Losung für das um soziale und nationale Befreiung kämpfende Proletariat in der kapitalistischen Welt.

Unter diese Losung hat unsere Partei auch ihre Großveranstaltung zum Stalin-Jahr gestellt, zu deren Besuch wir alle Genossen und Freunde der KPD/ML und der Roten Garde aufrufen.

Ort: Essen, „Saalbau“, Huyssen-Allee (Nähe Hauptbahnhof)
Zeit: Freitag, 21.12., 20 Uhr, (Einlaß 19 Uhr)

Bundestags-Vizepräsidentin gesteht allgemeinen Bruch des Asylrechts ein
„Bayern ist nur die Spitze des Eisbergs“

BONN. — In der Bundesrepublik ist der Bruch der ohnehin reaktionären Asyl- und Ausländergesetze an der Tagesordnung. Dies kommt nun im Gefolge der bayrischen Asylaffäre — Bayern hatte die Asylsuchenden Cermak und Zilka wieder in die Tschechoslowakei abgeschoben — nach und nach ans Tageslicht. Im CSU-regierten Bayern wurde nur auf die Spitze getrieben, was in der gesamten Bundesrepublik gängige Asylpraxis ist.

Diesen Sachverhalt hat nun die Bundestagsvizepräsidentin Annemarie Renger eingestanden. In einem in der *Frankfurter Rundschau* veröffentlichten Artikel schreibt sie: „Schon längere Zeit widerspricht die behördliche Praxis des Asylrechts diametral der Entschließung, die der Bundestag gegen den Willen der Opposition bei der Verabschiedung des Gesetzes zur Beschleunigung des Asylverfahrens vom 25.7.78 gefaßt hat. Darin heißt es, daß der ‚Deutsche Bundestag an alle Verantwortlichen appelliert, Asylsuchende in der Bundesrepublik auch weiterhin menschlich großzügig zu behandeln und ihnen den Schutz und die Hilfe zuteil werden zu lassen, die sie verdienen‘.“

Renger selbst nennt zwei Fälle skandalöser Behandlung von Asylsuchenden durch westdeutsche Behörden. Im ersten Fall hatte die Ausländerbehörde der Stadt Gelsenkirchen — allerdings erfolglos — versucht, einen Polen auszuweisen und ihm dabei schriftlich erklärt: „Aufgrund der schlechten wirtschaftlichen Situation des Arbeitsmarktes in der Bundesrepublik ist es der Allgemeinheit nicht zumutbar, daß Sie durch Ihren offensichtlich rechtsmißbräuchlich gestellten Asylantrag den Arbeitsmarkt noch weiter belasten.“

Der zweite Fall, den Frau Renger anführte, betraf einen Chilenen, den der Oberkreisdirektor des Rheinisch-Bergischen Kreises zum Verlassen des Bundesgebietes aufgefordert und ihm gleichzeitig die zwangsweise Abschiebung nach Chile angedroht hatte. In seiner Heimat drohten dem Chilenen, an dessen Flüchtlingseigenschaft kein Zweifel bestand, langfristige Haft. Was aus dem Chilenen geworden ist, darüber gibt der Artikel der Renger keine Auskunft.

BIELEFELD. — Aus Bielefeld wurde in der vorletzten Woche der Fall des 20jährigen Griechen Thotios Pallis bekannt. Pallis hatte zu Beginn dieses Jahres in der für Ausländerfragen zuständigen Ordnungsamt des Kreises Lippe in Detmold einen Antrag auf politisches Asyl gestellt mit der Begründung, er sei Kriegsdienstverweigerer und als solcher würde ihn in Griechenland eine hohe Haftstrafe erwarten. Pallis lebt seit acht Jahren in der Bundesrepublik. Selbstherrlich entschied nun der zuständige Sachbearbeiter der Ausländerpolizei Detmold, ein Herr Beckmeier, Kriegsdienstverweigerer in einem NATO-Land könnten keine politisch Verfolgten sein, und leitete das Asylgesuch erst gar nicht an die zuständige Bundesstelle in Zirndorf weiter. Er ließ nichts unversucht, den „Asylsimulanten“ abzuschieben. Ungeachtet einer gegenlautenden Anordnung des Oberverwaltungsgerichts in Münster beförderte Beckmeier schließlich Pallis sogar einhändig zum Flughafen. Hier konnte Pallis nur durch den Einsatz eines Anwalts praktisch in letzter Minute vor der Abschiebung bewahrt werden.



26. Januar 1980: Dortmunder Kongreß

„Wir, Unterzeichner dieses Aufrufes, wenden uns an Sie in tiefer Sorge über die politische Entwicklung in unserem Lande.“ — Mit diesen Worten beginnt der Aufruf zu einem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus am 26. Januar 1980 in Dortmund. Der Kongreß steht unter folgenden Losungen: Verbot aller faschistischen Organisationen! Weg mit den Berufsverboten! Wiedereinstellung aller bisher vom Berufsverbot Betroffenen! Verbot der Aussperrung! Weg mit dem Todesschußgesetz! — Der *Rote Morgen* sprach mit Ulrich Leicht, einem der Erstunterzeichner und Initatoren, über die Vorbereitung, die Durchführung und die Zielrichtung des Kongresses.

Für den weiteren Zusammenschluß des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus

Interview mit Ulrich Leicht

RM: „Machen wir Front gegen den Vormarsch der Reaktion!“ — Das ist eine der Parolen in eurem Aufruf zu einem Kongreß gegen Reaktion und Faschismus. Worin drückt sich für euch dieser Vormarsch der Reaktion aus?

Ulrich Leicht: Die reaktionäre Entwicklung machen wir hauptsächlich an vier Punkten fest.

Da ist einmal das immer provokativere Auftreten von Neo- und Altnazis, oft genug leider unter dem Schutze der Behörden und der Polizei. Wir stellen fest, daß diese Nazis zunehmend militanter vorgehen, daß sie ihr Vorgehen stärker auf terroristische Aktionen ausrichten. Man braucht nur an die Sprengstoffanschläge auf Sendemasten während der Sendung „Holocaust“ zu denken, oder an die Enthüllungen im Kühnen-Prozeß, oder an das neofaschistische Ausbildungszentrum „Harting-Hof“ hier bei Dortmund, oder an die „Wehrsportgruppe Hoffmann“. Wir stellen jedoch auch fest, daß die Empörung gegen diese Naziaktivitäten wächst. Diese Empörung muß man unbedingt aufgreifen. Den Naziaktivitäten muß Einhalt geboten werden. Wir fordern das Verbot aller Naziaktivitäten und -organisationen.

Vier entscheidende Alarmzeichen

Zweitens Berufsverbote. In der Bundesrepublik sind bis heute — soweit bekannt — 4000 Menschen — Lehrer, aber auch andere im öffentlichen Dienst Beschäftigte — vom Berufsverbot betroffen: — wegen ihrer politischen Anschauungen, wegen ihrer kritischen Haltung zu vielen Problemen in dieser Gesellschaft. Im Ausland ist der Begriff „Berufsverbote“ für die Kennzeichnung der Bundesrepublik — man muß sagen: leider — sprichwörtlich geworden. Gegen die Berufsverbote gibt es in unserm Land bereits eine starke Bewegung. Wir meinen, daß man alles daransetzen muß, soviel politischen Druck zu erzeugen, daß diese Berufsverbote tatsächlich fallen und daß alle vom Berufsverbot Betroffenen wieder eingestellt werden.

Drittens die Aussperrung. Mit dem Mittel der Aussperrung wird ein elementares Recht der Arbeiter ausgehöhlt, das Streikrecht nämlich, das sie brauchen, um für ihre wirtschaftlichen und sozialen Interessen zu kämpfen. Mit der Aussperrung haben die Unternehmer schon beim Druckerstreik und im letzten Winter beim Stahlarbeiterstreik versucht, den Kampf der Kollegen zu brechen. Heute gibt es unter den Kollegen, in den Gewerkschaften eine breite Bewegung gegen die Aussperrung, es gibt verschiedene Initiativen, die dieses Problem aufgegriffen haben, es gibt schließlich die „Kampagne für das Verbot der Aussperrung“. Der Kampf gegen die Aussperrung ist auch ein Kampf gegen das Vordringen von Reaktion und Faschismus; beim Kampf gegen faschistische Gefahren und Tendenzen kann man die Frage der Aussperrung nicht ausklammern. Die Aussperrung muß fallen. Wir fordern: Verbot der Aussperrung!

Der Kongreß gegen Reaktion und Faschismus findet statt am Sonnabend, den 26. Januar 1980 in der Westfalenhalle IV in Dortmund, Einlaß ab 10 Uhr, Beginn um 11 Uhr. Eintritt 5,— DM.

Mit Rede- und künstlerischen Beiträgen wirken voraussichtlich mit: **Max von der Grün** • **„Schmetterlinge“**, Musikgruppe, Wien • **Werner Worschech**, Liedermacher, Bottrop • **„Kabarett K“** • **Jürgen Roth** • **Norbert Cobabus**, Deutsche Bibliothek Frankfurt • **Wolfgang Bittner** • **Hartmut Siemon**, Betriebsrat • **Dr. Wolfgang Schulz**, Schauspieler, Würzburg • **„Elbspeelers“** • **Hermann Treusch**, früherer Leiter des Theaters am Turm, Frankfurt • **„Eisler-Chor“**, Essen • **und andere.**

Am Sonntag, den 27. Januar 1980 ist ein Arbeitstreffen von Initiativen und Komitees gegen Reaktion und Faschismus geplant.

Anmeldungen und Bestellungen von Eintrittskarten, Plakaten und Aufrufen bei: Ulrich Leicht, Schäffleweg 4, 4600 Dortmund 14, Tel.: (0231) 23 08 49. Eintrittskarten sind nach Bezahlung per Scheck oder Überweisung auf das Konto Ulrich Leicht, Stadtsparkasse Dortmund-Scharnhorst-Ost (63), BLZ 440 501 99, Konto Nr. 632 093 217, Stichwort „Kongreß“ erhältlich. Wir bitten zur Unterstützung der Durchführung des Kongresses um Spenden auf dasselbe Konto, Stichwort: „Spende — Kongreß“.

Viertens schließlich das sogenannte Todesschußgesetz. Wir stellen fest, daß die Polizeikräfte immer stärker aufgerüstet werden. Die Polizei ist heute schon wieder derart gedrillt, und es herrscht dort heute wieder ein solcher Geist, daß die Beamten gegenüber den Bürgern sehr schnell die Waffe ziehen. Die Schüsse fallen dann meist in „vermeintlicher Notwehr“ oder „putativer Notwehr“; die Todesschützen werden kaum bestraft. Mit dem geplanten einheitlichen Polizeigesetz — im Volksmund „Todesschußgesetz“ genannt (in Bayern ist übrigens dieses Gesetz schon in Kraft) — sollen diese polizeilichen Todesschüsse noch mehr gesetzlich abgesichert werden. Die Beamten werden dadurch geradezu zu den Schüssen ermuntert und haben dann noch weniger mit einer Bestrafung zu rechnen als heute. Das Todesschußgesetz muß fallen!

Mit den genannten vier Punkten sind bei weitem noch nicht alle reaktionären Entwicklungen in der Bundesrepublik aufgegriffen. Aber es sind vier entscheidende Kennzeichen und Alarmzeichen dafür, daß in unserem Lande ziemlich systematisch die Rechte des Volkes eingeschränkt werden, daß sich reaktionäre und faschistische Entwicklungen verstärken. Gerade an diesen vier Fronten kann und muß der Kampf gegen die sich verstärkenden reaktionären und faschistischen Entwicklungen vorangetrieben werden.

Kampfansage gegen Strauß

RM: Kann man den geplanten Kongreß gegen Reaktion und Faschismus auch verstehen als eine Kampfansage gegen Strauß und sein Programm?

Ulrich Leicht: Der Kongreß ist sicher auch eine Kampfansage gegen Strauß. Die Kandidatur dieses Mannes ist ein klares Kennzeichen dafür, daß die Reaktion in der Bundesrepublik auf dem Vormarsch ist; sie beweist auch, daß wir — die Initiatoren des Kongresses — mit unserer politischen Einschätzung recht hatten. Als wir den Kongreß planten, hatte Strauß seine Kandidatur ja noch gar nicht angemeldet. Wir gingen damals aus von Dingen wie dem Verbot der Gewerkschaftskundgebung gegen die Neonazis am 17. Juni in Frankfurt — es war das erste Verbot einer Gewerkschaftsveranstaltung in der Bundesrepublik; wir gingen aus von der Wahl des Ex-SA- und NSDAP-Mannes Carstens zum Bundespräsidenten; wir gingen aus vom Majdanek-Prozeß, dessen Verlauf uns die Praxis der Vergangenheitsbewältigung in unserem Land noch einmal klar gemacht hat. — Die Strauß-Kandidatur kam später, und ich glaube, sie gibt unserem Kongreß nun noch mehr Bedeutung. Denn die Gefahren, auf die wir mit dem Kongreß hinweisen wollten, sind mit der Kandidatur des Franz Josef Strauß gewachsen.

Erstens ist bekannt, daß es in der Partei des Herrn Strauß fließende Grenzen zu den offen faschistischen Organisationen gibt, zur NPD, zur „Nationalzeitung“, zu anderen einschlägigen Vereinigungen. Die Kandidatur von Strauß gibt diesen Kräften Auftrieb.

Zweitens muß man damit rechnen, daß unter einer Regierung Strauß noch mehr Menschen vom Berufsverbot betroffen sein werden. Drittens wird sich Strauß als Mann des Kapitals noch massiver dafür einsetzen, daß die Löhne der Arbeiter gestoppt werden und daß auch das Mittel der Aussperrung von den Unternehmern noch stärker eingesetzt wird. Viertens würde eine Regierung Strauß die Polizei sicher noch schärfer in eine Richtung orientieren, die heute schon mit der geplanten Einführung des „Todesschußgesetzes“ markiert wird.

Beitrag zum Zusammenschluß der Antifaschisten

RM: In diesem Land gibt es bereits eine breite Bewegung gegen den zunehmenden Abbau der demokratischen Rechte und überhaupt gegen die zunehmende politische Unterdrückung: zum Beispiel die Aktivitäten zum Jahrestag der Reichskristallnacht, gegen das Auftreten der Neonazis, Aktionen gegen die Berufsverbote, die Kampagne für das Verbot der Aussperrung, Initiativen gegen den Polizeiterror und die Aktionen gegen die Strauß-Auftritte. Welchen Stellenwert hat der geplante Kongreß im Rahmen dieser Bewegung?

Ulrich Leicht: Vor der großen Anzahl von Initiativen, Aktivitäten, Aktionen und Kampagnen, die sich im Kampf gegen das Vordringen von Reaktion und Faschismus befinden, steht die Aufgabe, sich zusammenzuschließen, um einheitlich und organisiert der reaktionären Entwicklung wirksam Paroli bieten zu können. Es gibt unter den verschiedenen Initiativen selbst schon Bestrebungen, sich zusammenzuschließen. Zum Beispiel haben von den vier Initiativen in Bochum — es gibt hier eine Initiative gegen die NPD-Zentrale, eine gegen den Polizeiterror, eine gegen Pressenzensur und einen antifaschistischen Arbeitskreis — sich schon drei zu gemeinsamen Mitgliederversammlungen zusammengefunden. Mit unserem Kongreß wollen wir nun einen Beitrag leisten zum Zusammenschluß der verschiedenen Initiativen und Aktivitäten zu einer geschlossenen Front gegen die reaktionäre Entwicklung in unserm Land.

RM: Vielleicht könntest du an dieser Stelle etwas über die Initiatoren des Kongresses sagen?

Ulrich Leicht: Bei den Initiatoren bzw. Erstunterzeichnern des Aufrufs handelt es sich um Persönlichkeiten, die sich auch schon früher gegen reaktionäre und faschistische Tendenzen zu Wort gemeldet haben. Ich nenne hier die Schriftsteller Max von der Grün, Ingeborg Drewitz und Peter O. Chotjewitz. Wir hatten uns zum Beispiel schon vor drei Jahren gegen die berüchtigten Gewalt- und Zensurparagraphen engagiert, die teilweise klammheimlich im Bundestag durchgepeitscht wurden; wir hatten damals bundesweit einen Aufruf und eine Dokumentation verfaßt, um die Öffentlichkeit gegen die reaktionären Maßnahmen zu mobilisieren. Angesichts der Ereignisse und Entwicklungen in unserem Land war es für die Erstunterzeichner gar keine Frage, daß man so etwas wie den Kongreß gegen Reaktion und Faschismus initieren und durchführen muß. Unter den Initiatoren sind auch Kollegen, die im Stahlarbeiterstreik im Kampf gegen die Aussperrung standen, wie der Betriebsrat Harmut Siemon von Hoesch.

Interessantes Programm

RM: Kannst du über das Programm und den Ablauf des Kongresses schon etwas genaueres sagen?

Ulrich Leicht: Den Ablauf stellen wir uns so vor, daß wir einmal zu den vier Punkten, die im Aufruf angesprochen sind — also Neonazis, Berufsverbote, Aussperrung, Todesschußgesetz — Stellung nehmen werden. Max von der Grün hat sich dazu bereit erklärt, der Schriftsteller und Publizist Jürgen Roth aus Frankfurt, sowie der Betriebsrat Hartmut Siemon, der zu dem Problem der Aussperrung sprechen wird. Auch vom Berufsverbot oder vom Polizeiterror Betroffene werden zu Wort kommen. Politisch engagierte Musik- und Künstlergruppen, Liedermacher und Schriftsteller werden das Programm künstlerisch mitgestalten. Ich nenne hier zum Beispiel den Schriftsteller Wolfgang Bittner, der bekannt ist für seine hervorragenden Satiren zu Problemen wie den Berufsverboten oder dem Todesschußgesetz und der aus seinen satirischen Werken lesen wird. Ich nenne die „Schmetterlinge“ aus Wien, das „Kabarett K“ aus Mülheim, die Musikgruppe „Elbspeelers“ aus Hamburg und andere.

Wir haben ferner die antifaschistischen Komitees, die Komitees gegen Reaktion und Faschismus eingeladen, Dokumentationen und Materialien ihres Kampfes auf der Veranstaltung auszustellen. Zum Beispiel hat der Freidenkerverband des Landes Nordrhein-Westfalen eine Ausstellung anläßlich des Jahrestages der 48er Revolution gemacht; diese Ausstellung, die den Kampf um demokratische Rechte, gegen politische Unterdrückung in der deutschen Geschichte bis heute zeigt, wird sicher auch auf der Veranstaltung zu sehen sein. Unter Umständen wird sogar der Freidenkerverband selbst auch einen eigenen Beitrag auf dem Kongreß halten.

Die eigentliche Veranstaltung ist am Samstag, den 26. Januar. Sie soll am Morgen um 11 Uhr beginnen und bis abend gegen sieben oder acht Uhr dauern. Der folgende Sonntag soll dann zu einem Erfahrungsaustausch der antifaschistischen Initiativen genutzt werden. Die Initiativen werden sich gemeinsam über die Notwendigkeit diskutieren, den antifaschistischen und demokratischen Kampf mehr zusammenzufassen und die Front des Kampfes zu stärken. Davon erhoffen wir uns einen weiteren Zusammenschluß des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus.



Der Kampf gegen die Aussperrung ist ein Teil des Kampfes gegen Reaktion und Faschismus in unserem Land. — Das Bild zeigt ausgesperrte Kollegen bei Neff in Oberhausen während des Stahlarbeiterstreiks im Winter 1978/79.

Will Carter den Iran aushungern?

US-Regierung verschärft Wirtschaftsboykott

Er wolle gegenüber dem Iran „die Schrauben täglich fester anziehen". Das erklärte US-Präsident Carter in der vergangenen Woche. Sein Außenminister Vance reist gegenwärtig durch Westeuropa, um die NATO-Partner auf den antiiranischen Kurs einzuschwören und Washington die nötige Unterstützung zu sichern.

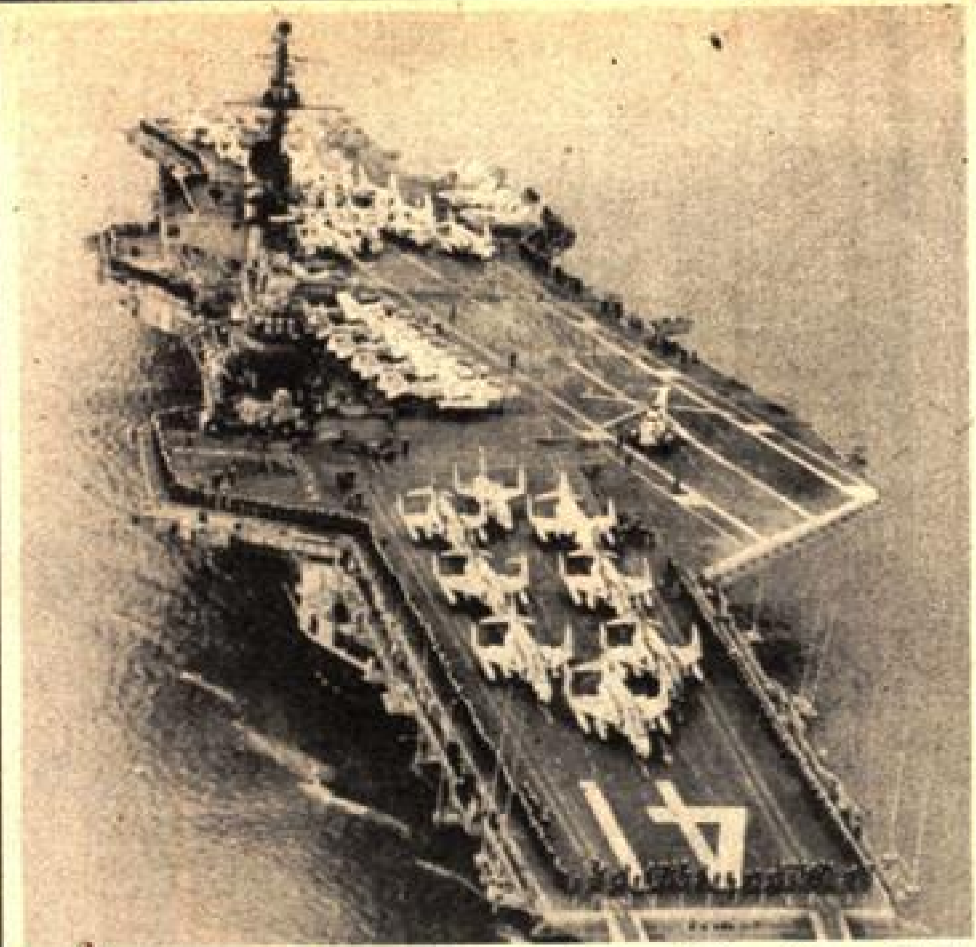
Nachdem die amerikanischen Banken und Industriemonopole überall auf der Welt iranisches Staatseigentum willkürlich beschlagnahmen ließen, soll jetzt die Schraube noch weiter angezogen werden. Was darunter zu verstehen ist, berichtete die „Welt" nach einem Gespräch mit dem Bundestags-Vizepräsidenten von Weizsäcker, der gerade aus den USA zurückgekehrt war. Danach plant Washington einen Lieferstop von Lebensmitteln in den Iran. Sollten die amerikanischen Imperialisten tatsächlich die Lebensmittellieferungen abschneiden, so würden sie damit ein neues in seinen Folgen unübersehbares Verbrechen an den iranischen Völkern begehen.

Denn unter dem Staathalter der amerikanischen Supermacht, dem Schah Reza Pahlewi, wurde die iranische Landwirtschaft vollends ruiniert. Das Land ist heute fast ausschließlich auf Importe angewiesen, um die Vorsorgung mit Lebensmitteln sicherzustellen. Ein Viertel dieser Importe kommt aus den USA, darunter hauptsächlich Grundnahrungsmittel wie Weizen, Reis und Mais. Vor zehn Jahren haben die amerikanischen Imperialisten Menschen und Felder in Vietnam mit Napalm verbrannt, um ihre Herrschaft über dieses Land aufrechtzuerhalten. Jetzt schmieden sie Pläne, wie im Iran Hungerkatastrophen erzeugt werden können. Das Ziel ist das gleiche: Wieder einmal geht es darum, ihre Kontrolle über ein fernes Land und seine Reichtümer herzustellen.

Gleichzeitig mit der Verschärfung des Wirtschaftsboykotts gegen den Iran verstärkt Washington auch sein militärisches Vernichtungspotential an den Grenzen dieses Landes. Letzte Woche erreichte der Flugzeugträger „Kitty Hawk" das Arabische Meer. Damit liegen jetzt 21 amerikanische Kriegsschiffe in unmittelbarer Nähe der iranischen Küsten. Ebenfalls in der letzten Woche wurde die Bildung einer neuen US-Eingreiftruppe angekündigt. Seit 1977 läuft schon der Aufbau einer ähnlichen Truppe mit der geplanten Stärke von 110.000 Mann. Jetzt soll zustätzlich eine 45.000 Mann starke Einheit aus Fallschirmjägern der Marineinfantrie gebildet werden. Ihr Einsatzziel sind, wie in Washington deutlich gesagt wurde, „Krisenherde in der Dritten Welt". Versorgungsschiffe dieser Truppe sollen laut General Kelly im Indischen Ozean stationiert werden, also in der Nähe des Iran.

Ob Hungerstrategie oder Vorbereitung zum militärischen Angriff — die Pläne der amerikanischen Imperialisten zeigen immer deutlicher, daß es ihnen nicht um das Leben der Gefangenen in der Teheraner Botschaft geht, sondern ausschließlich darum, die Völker des Irans in die Knie und unter ihre Herrschaft zu zwingen — mit buchstäblich allen Mitteln. Dieser Kurs der offenen und verbrecherischen Aggression ist es, für den Außenminister Vance jetzt Unterstützung von Europa sucht. Und er wird es sicher in Bonn, London oder Rom nicht schwer damit haben. Denn die westeuropäischen Regierungen haben den Raubzug der USA auf das im Ausland liegende iranische Eigentum hingenommen. Die Bundesregierung, die Regierungen in Britannien, Italien und Frankreich haben zudem auf Wunsch Washingtons die Lieferungen von Ersatzteilen für die iranische Armee eingestellt — eine Maßnahme, die natürlich den amerikanischen Kriegstreibern das Handwerk erleichtert.

Auch jetzt vor dem Besuch von Vance hat der Bonner Regierungssprecher Grünewald der amerikanischen Supermacht die volle Solidarităts Bonns im Kampf gegen den Iran zugesichert. Das ist die Solidarität der Imperialisten, die sich mit dem Sturz der Schah-Diktatur durch die revolutionären Volksmassen Irans nicht abfinden wollen. Eine Solidarität zudem, die sich ja auch im amerikanischen Krieg gegen das vietnamesische Volk schon bewährt hat. Wir, die Werktätigen der Bundesrepublik, haben mit dieser Allianz der Imperialisten nichts zu schaffen. Unsere Solidarität gilt den iranischen Völkern, die heute vor der schwierigen Aufgabe stehen, die Errungenschaften ihrer Revolution gegen die amerikanischen Kriegstreiber und die innere Reaktion zu verteidigen.



21 amerikanische Kriegsschiffe liegen inzwischen in unmittelbarer Nähe des Iran, darunter auch der größte Flugzeugträger, die Midway (unser Bild).



Die gesteuerte antiiranische Hetze in den USA und der staatliche Terror gegen dort lebende Perser verschärft sich immer mehr. Unser Bild: Hollywood. Iranische Studenten werden in Ketten abgeführt.

Afghanistan unter dem Joch Moskaus

Massenmord an politischen Gefangenen

Erschütternde Szenen spielten sich Mitte November in der afghanischen Hauptstadt Kabul ab. Der Anlaß dafür waren Namenslisten, die über Nacht an den Außenwänden des Innenministeriums aufgetaucht waren.

Jeder der 12000 Namen, der dort aufgeführt wurde, war eine Todesmeldung: Das Ministerium gab durch diesen Aushang bekannt, daß all diese Personen in der Haft „gestorben" wären. Für die Menschen, die vor den Listen standen und nach Namen von Angehörigen suchten, bestand kein Zweifel darüber, was dieses „gestorben" bedeutet. Die politischen Gefangenen des Amin-Regimes waren umgebracht worden, durch die Folter ermordet oder einfach erschossen.

Immer wieder bildeten sich große Ansammlungen vor den Listen am Innenministerium, weil es in Kabul kaum noch eine Familie gibt, von der nicht ein Angehöriger, ein Freund oder Bekannter „verschwunden" wäre. Und als die Menschen dort die Namen der „Verschwundenen" auf der Liste wiederfanden, bildeten sie spontane Protestdemonstrationen gegen das Regime. Militäreinheiten wurden aufgeboten, die rücksichtslos das Feuer auf die Menge eröffneten.

Anderntags waren die Listen von den Wänden verschwunden. Jetzt hieß es, jeder müsse persönlich im Ministerium nachfragen, ob einer seiner Angehörigen unter den Toten sei. Eine Frau, die mit ihren zwei Kindern ins Ministerium kam, erstach sich, als sie hörte, daß ihr Mann ermordet wurde. Andere, die sich dort nach Angehörigen erkundigten, wurden verhaftet.

Angesichts dieses Terrors fühlt man sich an die faschistischen Diktaturen Lateinamerikas erinnert, wo auch Tausende von Menschen „verschwinden", ohne daß ihre Angehörigen etwas über ihren Verbleib wissen und wo sich dann auch irgendwann einmal herausstellt, daß diese „Verschwundenen" ermordet wurden. Auch was die Folter in den Gefängnissen betrifft, kann man — wenn man etwa die Berichte von „Amnesty International" liest — solche Ähnlichkeiten feststellen. Zu den Foltermethoden der afghanischen Militärs gehören unter anderem das Ausreißen von Nägeln und Zähnen und Elektroschocks.

Nur ein Unterschied besteht zwischen den Terrorregimes in Chile, Argentinien oder Paraguay und dem in Afghanistan. Während dort die amerikanischen Imperialisten das eigentliche Regiment führen und ihre Marionetten als wütende Antikommunisten auftreten, sind in Afghanistan die sowjetischen Sozialimperialisten die Herren des Landes. Sie plündern seine Reichtümer aus, sie kontrollieren die Armee, die sie mit ihren Spezialisten durchsetzt haben und sie dirigieren über ihre „Berater" in den Ministerien auch direkt den Staatsapparat. Und das alles geschieht unter der Maske einer „brüderlichen Hilfe" für das Amin-Regime, das von Moskau als sozialistisch bezeichnet wird.

Aber diese Tarnung kann nicht die alltägliche Wirklichkeit in Afghanistan verbergen — den gnadenlosen Terror im Interesse der imperialistischen Politik Moskaus, den Massenmord an einem Volk, das sich dagegen wehrt, unter dem sowjetischen Joch zu leben.

10. Gründungstag der japanischen Bruderpartei

Grußbotschaft an die KP Japans (Linke)

Liebe Genossen!

Zum 10. Jahrestag der Gründung der Kommunistischen Partei Japans (Linke) sendet Euch und allen Genossen Eurer Partei das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschland/Marxisten-Leninisten die herzlichsten brüderlichen Kampfesgrüße und wünscht Euch weitere Erfolge im Kampf für die Interessen der japanischen Arbeiterklasse und für den Sieg der sozialistischen Revolution in Japan.

Seit ihrer Gründung vor zehn Jahren im Kampf zur Verteidigung des Marxismus-Leninismus gegen den revisionistischen Verrat der Miyamoto-Clique hat die Kommunistische Partei Japans (Linke) unverrückbar festgehalten am kompromißlosen Kampf gegen Imperialismus und Opportunismus. Von Anfang an hat sie entschlossen in die Kämpfe der Arbeiterklasse und der übrigen Volksmassen eingegriffen und sich bemüht, sie zu führen und auf das Ziel der Verjagung des USA-Imperialismus aus Japan, des Sturzes des kapitalistischen Systems und der Errichtung der Diktatur des Proletariats auszurichten. In diesem Kampf hat die Kommunistische Partei Japans (Linke) eine reiche revolutionäre Erfahrung erworben, ihre politische Linie weiterentwickelt und ein immer größeres Vertrauen unter den Arbeitern und übrigen Werktätigen erlangt und ihre Verbindungen zu ihnen gefestigt.

Die Kommunistische Partei Japans (Linke) ist stets den Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin treu geblieben und hat alle Angriffe der verschiedenen Spielarten des modernen Revisionismus zurückgeschlagen. Sie hat sich auch nicht dem Druck des chinesischen Revisionismus gebeugt, sondern die antimarxistischen „Mao-Tse-tung-Ideen" als Ursprung des chinesischen Revisionismus und seiner konterrevolutionären „Drei-Welten-Theorie" verurteilt. Sie hat damit ihre eigenen Reihen gefestigt und zugleich auch einen wesentlichen Beitrag zur Festigung der Einheit der internationalen marxistisch-leninistischen Weltbewegung auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus geleistet.

Zwischen unseren beiden Parteien bestehen seit langem brüderliche Beziehungen. Sie unterstützen sich gegenseitig im gemeinsamen Kampf gegen den gemeinsamen Feind für das gleiche Ideal des Sozialismus und Kommunismus. Mögen sich die Beziehungen zwischen unseren beiden Parteien auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus und des proletarischen Internationalismus künftig weiter festigen. Möge der 10. Jahrestag der Gründung Eurer Partei ein Ansporn für Eure Partei sein, neue Erfolge in Eurem revolutionären Kampf zu erringen. Wir versichern Euch der ständigen Solidarität unserer Partei.

Es lebe die Kommunistische Partei Japans (Linke)!

Es lebe der proletarische Internationalismus!

Es lebe der Marxismus-Leninismus!

Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands/Marxisten-Leninisten

Wahlsieg der Rechten in Portugal

Die Parlamentswahlen in Portugal brachten in der vergangenen Woche einen Sieg der Rechten. Nach dem vorläufigen Ergebnis erhielten die offenen Reaktionäre 125 der insgesamt 250 Parlamentsmandate. Die Briefwahlstimmen der Auslandsportugiesen stehen noch aus; doch dürfte sich am Ergebnis grundsätzlich nichts mehr ändern. Die „Demokratische Allianz" — das Wahlbündnis der offenen Reaktionäre: — rechte Sozialdemokraten, Christdemokraten und Monarchisten — wird die „Sozialisten" des Mario Soares in der Regierung ablösen.

Gleichzeitig zeigt das Wahlergebnis den fortschreitenden Polarisierungsprozeß, die Verschärfung der Klassenkämpfe in Portugal. Während die „Sozialisten" als Partei der Mitte weiter schrumpften, verzeichneten die „linken" Revisionisten Cunhals bedeutende Stimmengewinne. Die UDP — „Union der Volkseinheit" —, die von unserer Bruderpartei PCP(R) unterstützt wird, konnte wieder einen Sitz im Parlament erringen. Auch sie steigerte ihren Stimmenanteil.

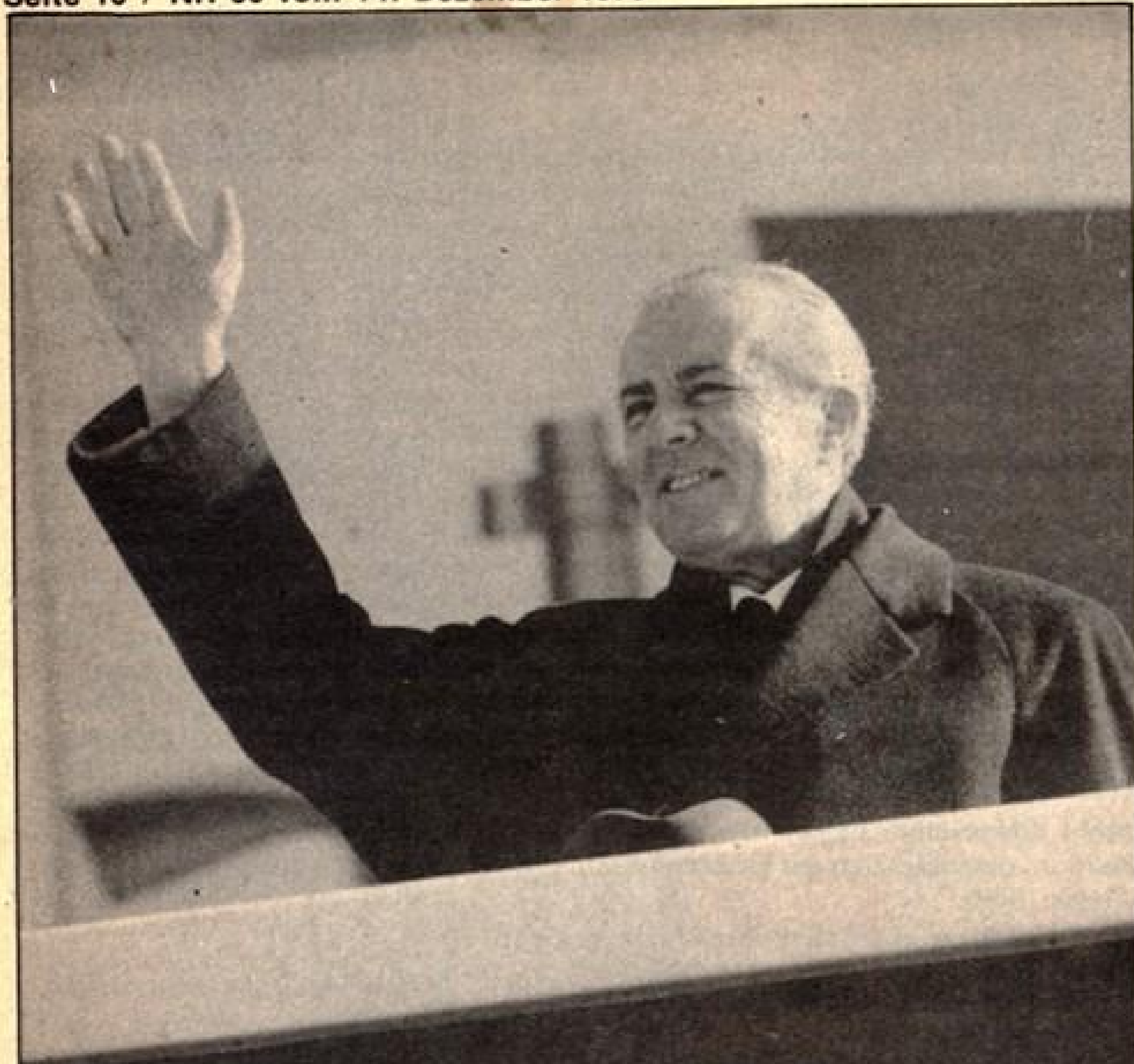
Weltgetreideernte und Hunger

Zwar liegt die Weltgetreideernte in diesem Jahr mit 1,13 Millionen Tonnen um rund 4 Prozent unter der des Jahres 1978, aber immer noch über dem Durchschnitt der vorangegangenen Jahre. Getreide ist also auf der Welt genug vorhanden. Trotzdem ist heute schon klar, daß die gute Weltgetreideernte am Hunger von Millionen Menschen in den verschiedenen Weltgegenden nichts ändern wird. Der kapitalistische Weltmarkt, über den die Getreideverteilung auf kapitalistische Art geregelt wird, verhindert, daß das Getreide zu den Hungernden gelangt, die es benötigen; eher wird ein Teil der Ernte vernichtet, als daß das Getreide zu einem niedrigen und damit bezahlbaren Preis in die armen, bedürftigen Länder gelangt.

Zwischen 1970 und 1975 haben sich die Getreidepreise um das Zweieinhalbfache erhöht. Seitdem stagnieren sie auf dem erreichten hohen Niveau. Weitere Preiserhöhungen — unter dem Hinweis auf das Anziehen des Erdölpreises — sind in Aussicht gestellt.

Chinesischer Revisionismus

Nach einem Bericht eines Korrespondenten der „Frankfurter Rundschau" soll die Sowjetunion von der Pekinger Führung nicht mehr als „revisionistisch" bezeichnet werden. Dies hat das Politbüro der KP Chinas jetzt aufgrund einer Empfehlung der Akademie der Sozialwissenschaften beschlossen. Die Akademie unter Leitung eines Anhängers von Deng Hsiao-ping hatte bereits im Sommer vorgeschlagen, diesen Begriff als „unwissenschaftlich" zu streichen. Inzwischen ist auch die Parteiführung in Peking der Ansicht, daß die Sowjetunion nach außen zwar „expansionistisch", nach innen aber „sozialistisch" sei. Einen Grund für den Sinneswandel der Pekinger Revisionisten sehen selbst bürgerliche Beobachter in der Tatsache, daß es in der letzten Zeit eine Reihe von innenpolitischen Parallelen zwischen der Entwicklung in China und der in der UdSSR der späten 50er Jahre gibt.





35. Jahrestag der Befreiung Albaniens

Militärparade und Kundgebung der Werktätigen



Höhepunkt der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Befreiung und des Siegs der Volksrevolution in Albanien war die großartige Militärparade und Manifestation der Werktätigen in der Hauptstadt Tirana, auf dem Boulevard „Helden der Nation".

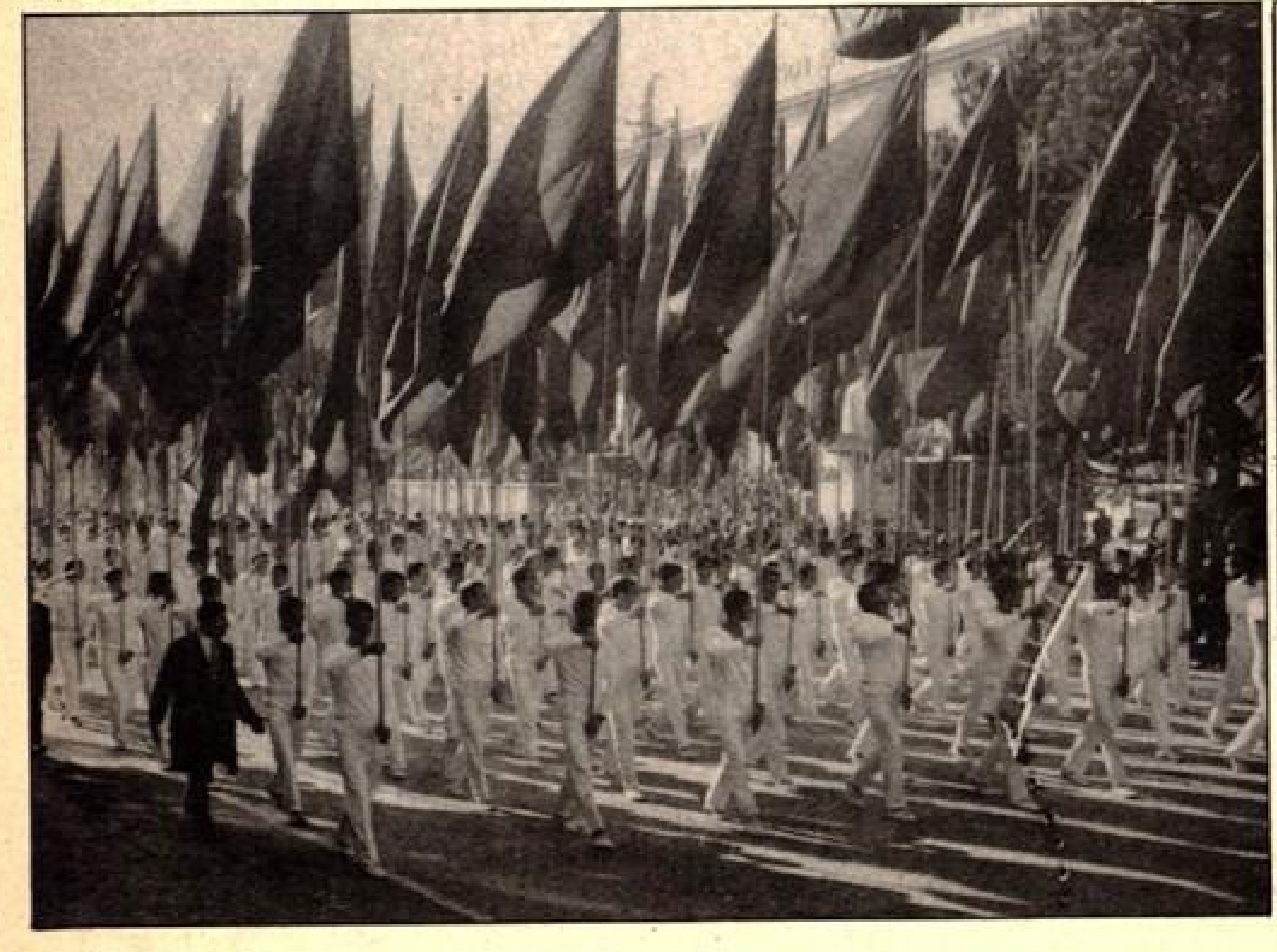
Auf der Tribüne gegenüber dem Sitz des Zentralkomitees der Partei nahmen Genosse Enver Hoxha und die anderen Partei- und Staatsführer die Parade ab. Anwesend sind ferner die Delegation der marxistisch-leninistischen Parteien aus aller Welt, darunter auch die Delegation unserer Partei unter Leitung des Genossen Ernst Aust, sowie andere Gäste.

Nach dem Erklingen der Nationalhymne und einer Grußansprache begann der feierliche Vorbeimarsch. Angeführt wurde die Parade von schon ergrauten ehemaligen Partisanen mit den Fahnen jener legendären Bataillone und Brigaden, die zusammen mit dem Volk vor 35 Jahren die faschistische Bestie aus dem Land gejagt und die Voraussetzungen für die Errichtung der Volksmacht geschaffen haben. Mit festem Tritt folgten Einheiten aller Waffengattungen der Volksarmee, Offiziersschüler bis zu Panzer- und Raketeneinheiten, sowie auch die Einheiten der Volksfreiwilligen der Selbstverteidigung. **Sie demonstrierten machtvoll die Stärke des sozialistischen Albanien, wo jeder Bürger Soldat ist, bereit, das von imperialistischen und revisionistischen Feinden eingekreiste Land und die Errungenschaften der Revolution, wenn nötig, bis zum letzten Blutstropfen zu verteidigen.**

Es folgten dann die langen Kolonnen der Arbeiter der verschiedenen Betriebe, der Genossenschaftsbauern, der Werktätigen verschiedener Institutionen, der Schüler und Studenten. Ein Meer von Blumen, roten Fahnen, Transparenten mit revolutionären Losungen wie „Ruhm der PAA", „Ruhm dem Marxismus-Leninismus", „Es lebe die Einheit Partei-Volk", „Es lebe die Arbeiterklasse — die führende Klasse unserer Gesellschaft" usw. Stolz zeigten die Werktätigen die Erfolge, die sie in diesem Jahr in der Produktion und auf anderen Gebieten errungen haben. In weniger als drei Tagen stellt Albanien heute die gesamte Industrieproduktion von 1938 her, es deckt seinen Energiebedarf selbst und exportiert sogar Erdöl und Elektrizität, die Handelsbilanz ist heute ausgeglichen, das gesamte benötigte Brotgetreide wird im Land hergestellt. **Das Land hat sein Antlitz von Grund auf verändert. Die Bevölkerung zahlt keine Steuern, Ausbildung und medizinische Versorgung sind kostenlos. Die Ausbeuterklassen sind ein für allemal liquidiert.**

Alle Werktätigen, die hier voll Freude demonstrierten und immer wieder die Partei der Arbeit und ihren Führer, Genossen Enver Hoxha, hochleben ließen, wissen, daß sie ihren Wohlstand der prinzipienfesten marxistisch-leninistischen Linie der Partei der Arbeit Albaniens verdanken. Sie führten riesige Porträts der Klassiker des Marxismus-Leninismus, Marx, Engels, Lenin und Stalin, mit sich, von deren Lehren sich Albanien beim Aufbau des Sozialismus und der Verteidigung der Diktatur des Proletariats konsequent leiten läßt. Sie solidarisierten sich zugleich mit dem Kampf des Weltproletariats und der unterdrückten Völker gegen Imperialismus und Sozialimperialismus, Reaktion und Revisionismus. Größtes Ansehen genießen die marxistisch-leninistischen Parteien überall in der Welt. Die Partei hat die Massen im Geist des proletarischen Internationalismus erzogen.

Diese Militärparade und Manifestation war ein glänzender Ausdruck der unzerstörbaren Einheit des albanischen Volkes mit seiner Partei der Arbeit, ihrer Entschlossenheit, stets neue Siege in der Revolution und beim sozialistischen Aufbau zu erringen. Das Beispiel Albaniens wird stets ein Ansporn sein im Kampf aller Völker für Freiheit, Demokratie und Sozialismus, wie im Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung, für ein vereintes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland.





Mehmet Shehu zum 35. Jahrestag der SVR Albanien

Großartige Bilanz von Siegen auf dem 35-jährigen Weg des sozialistischen Albanien

Auf einer Versammlung am 28. November anläßlich des 35. Jahrestags der Befreiung hielt der Genosse Mehmet Shehu, der Vorsitzende des Ministerrats der SVRA, eine Rede, aus der wir im folgenden einen Teil abdrucken.

Die großartigen Erfolge und Errungenschaften des sozialistischen Albanien in diesen 35 Jahren der Freiheit, der Unabhängigkeit und des sozialistischen Aufbaus sind ein lebendiger Beweis dafür, daß **die von der Partei der Arbeit Albaniens beim Aufbau und bei der Verteidigung des Sozialismus verfolgte Linie korrekt ist**. Die historische Bedeutung dieser großartigen Siege tritt besonders klar hervor, wenn wir uns vor Augen führen, daß sie unter den Bedingungen der größten regressiven Wende erreicht wurden, die die Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung je gekannt hat — als in Jugoslawien, mit dem wir während des Kriegs verbündet gewesen waren, zum ersten Mal in der Geschichte der kommunistischen und Arbeiterbewegung der Revisionismus die Staatsmacht an sich brachte; als im ersten Land des Sozialismus, in der Sowjetunion, mit der wir eng verbündet waren, und in den übrigen ehemals sozialistischen Ländern Europas die Diktatur des Proletariats gestürzt und der Kapitalismus restauriert wurde; als auch China, unser einstiger Verbündeter, immer tiefer im Kapitalismus versank; als sich die einstmals kommunistischen Parteien in allen Teilen der Welt in konterrevolutionäre, revisionistische Parteien verwandelten. Und unter diesen historisch ungeheuer schwierigen und tragischen Bedingungen **widerstanden unsere Partei der Arbeit und das albanische Volk, das sozialistische Albanien der wütenden Woge des modernen Revisionismus, der brutalen kapitalistischen Einkreisung und der Blockade sowie dem Druck der weltweiten wirtschaftlich-finanziellen Krise.** Sie traten, Auge in Auge, dem Imperialismus und dem Revisionismus entgegen und beugten sich nicht, sondern hielten in Albanien das Banner des Marxismus-Leninismus hoch erhoben, rein und unantastbar. Und so errangen sie all diese großartigen Erfolge und Siege.

„Das albanische Wunder", wie die Revolutionäre und die Albanien wohlgesonnenen Menschen sagen, stellt eine beispiellose historische Erfahrung der Diktatur des Proletariats dar, einen Beitrag zur Theorie des Marxismus-Leninismus und zur Praxis des sozialistischen Aufbaus von unermeßlichem Wert, eine starke Ermutigung für die gesamte internationale kommunistische und Arbeiterbewegung und für alle Völker der Welt.

Die Erfahrung des sozialistischen Albanien zeigt den Revolutionären und den Völkern der Welt deutlich, daß **nicht nur in einem großen Land wie der Sowjetunion der Zeit Lenins und Stalins, sondern auch in einem kleinen Land wie Albanien, das aus der Vergangenheit eine tiefe Rückständigkeit ererbt hat und der feindlichen Einkreisung ausgesetzt ist, absolut die Möglichkeit besteht, die Bourgeoisie zu stürzen und die Diktatur des Proletariats zu errichten, den Sozialismus erfolgreich aufzubauen, die Revolution in allen Lebensbereichen unaufhaltsam voranzutreiben, die Rückkehr zum Kapitalismus mit vollem Erfolg zu verhindern und das Vaterland zu verteidigen, gestützt auf die eigene Kraft, vorausgesetzt, daß eine wahrhaft revolutionäre Partei der Arbeiterklasse wie die Partei der Arbeit Albaniens an der Spitze steht, die die unvergänglichen Lehren des Marxismus-Leninismus getreulich und schöpferisch anwendet.**

Das ist auch der größte historische Beitrag der Partei der Arbeit Albaniens und des albanischen Volkes zur großen Sache der Revolution und des Marxismus-Leninismus in der heutigen Epoche. Diese Positionen haben unsere Partei und unser Volk durch Kampf, durch Blut und Schweiß gewonnen, und sie werden sie niemals aufgeben, sondern unter allen Bedingungen, zu jeder Zeit und unter allen Umständen verteidigen und festigen, um so ihre nationale und internationale Pflicht als Revolutionäre, als Erbauer des Sozialismus zu erfüllen.

Wie läßt sich die Tatsache erklären, daß sich in diesen letzten 35 Jahren — während in der Sowjetunion und in den anderen einstmals sozialistischen Ländern Europas nach dem Machtantritt des Revisionismus der Kapitalismus wiederhergestellt wurde und China immer tiefer auf dem kapitalistischen Weg versackt — **die Partei der Arbeit Albaniens „nicht aus dem Schützengraben gerührt hat"**, wie es in einem unserer Volkslieder heißt, daß sie **stets konsequent marxistisch-leninistisch geblieben ist, und daß in Albanien die Katastrophe der Wiederherstellung des Kapitalismus verhindert worden ist?** Wie ist es möglich gewesen, daß einerseits in der kapitalistisch-revisionistischen Welt die Wirtschafts- und Finanzkrise wütet, daß dort chronische und zunehmende Arbeitslosigkeit herrscht, die Inflation rapide voranschreitet, die Preise und die Lebenshaltungskosten jährlich und täglich ununterbrochen steigen, usw., während andererseits im sozialistischen Albanien in diesen 35 Jahren nur Aufstieg, Fortschritt, Entwicklung, Wachstum des gesellschaftlichen Produkts und Erhöhung des Lebensstandards des Volkes zu verzeichnen waren, niemals Preiserhöhungen stattgefunden, sondern im Gegenteil mehrmals die Preise für Konsumwaren gesenkt wurden, die Inflation unserer Wirtschaft nach wie vor fremd ist, Arbeitslosigkeit unbekannt ist und die Steuern abgeschafft wurden? Wie ist es möglich geworden, daß der Sozialismus in einem kleinen Land allein aufgebaut wird, das der Einkreisung und Blockade ausgesetzt ist, in ständigen ideologischen, politischen und wirtschaftlichen Kampf gegen Imperialismus, Sozialimperialismus, Revisionismus und Weltreaktion steht? Das sind legitime Fragen, die auch unsere Feinde stellen, an deren genaue Beantwortung jedoch auch alle Revolutionäre und Freunde Albaniens auf der Welt sehr interessiert sind.

In dieser großen Frage von historischer Bedeutung liegt keinerlei Geheimnis, die Wahrheit strahlt wie die Sonne. Und diese Wahrheit besteht **in der Existenz und der revolutionären Tätigkeit der Partei der Arbeit Albaniens**, die sich unter anderem durch drei große Eigenschaften auszeichnet: **durch ihre tiefe politische und ideologische Klarheit und ihre stets korrekte marxistisch-leninistische Linie, die sie konsequent umsetzt; durch die eherne Einheit der Reihen der Partei und des Volkes mit der Partei; durch den revolutionären Mut**, mit dem sie heroisch gegen die Feinde und die Schwierigkeiten kämpft, den Gefahren des Lebens trotzt und stets vorwärts, **nur vorwärts schreitet, ohne über sich etwas anderes gelten zu lassen als den Marxismus-Leninismus.**

Inspirator, Organisator und Schmied aller unserer Erfolge und Siege in der Revolution und beim Aufbau des Sozialismus war, ist und bleibt auf immer die Partei der Arbeit Albaniens, gegründet und geführt in den Stürmen des Kampfes und des Lebens von Genossen Enver Hoxha.

Seit dem 8. November 1941, dem Tag, an dem sie in einem einfachen kleinen Haus im alten Tirana gegründet wurde, hat unsere ruhmreiche Partei stets zu jedem Zeitpunkt und unter allen Umständen, den unvergänglichen Lehren des Marxismus-Leninismus die Treue gehalten, und sie hat es verstanden, ihn unter den konkreten Bedingungen unseres Landes schöpferisch anzuwenden sowohl in den Jahren des Kampfes um die Befreiung und die Ergreifung der Macht als auch im Kampf für den Aufbau und die Verteidigung des Sozialismus. **Die Treue zum Marxismus-Leninismus war stets, während ihres ganzen Lebens, das Fundament des Denkens und Handelns unserer Partei. Das war, ist und bleibt für immer die Grundlage der Grundlagen aller Erfolge und Siege unseres Volkes:** das erklärt alles.

Die historische Erfahrung der Zeit nach dem II. Weltkrieg hat bewiesen, daß eine Partei, die ungeachtet aller Gefahren den Lehren des Marxismus-Leninismus, der Sache des Proletariats und den Interessen des Volkes bis zuletzt die Treue hält, wie dies für die Partei der Arbeit Albaniens gilt, niemals bezwungen werden kann, niemals Niederlagen erleidet und auf ihrem schwierigen, aber ruhmreichen Weg nur Siege erringt. Bei jenen Parteien hingegen, die in den Sumpf des Opportunismus und des Revisionismus abgleiten wie die einstmals kommunistischen Parteien in Jugoslawien, in der Sowjetunion, in China und anderswo, kann das Ergebnis ihres Denkens und ihres Handelns nur der Verrat an der Sache der Revolution sein, ihre Verwandlung in Lakaien der imperialistischen Bourgeoisie, in „trojanische Pferde", um in den Ländern, wo die Diktatur des Proletariats bereits errichtet worden ist oder wo man auf ihre Errichtung zugeht, die Festung von innen her zu nehmen und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in jenen Ländern zu verhindern, in denen die objektiven Bedingungen für die Revolution heranreifen. Das ist die größte historische Lehre für die wahren Marxisten-Leninisten unserer Zeit.


Genosse Mehmet Shehu (links im Bild)



Das albanische Volk feiert den 35. Jahrestag der Befreiung

Genosse Enver Hoxha und Genosse Ernst Aust

Ernst Aust zu Gesprächen bei Enver Hoxha

Am 2. Dezember traf Genosse Ernst Aust, Vorsitzender der KPD/ML mit dem Genossen Enver Hoxha, dem 1. Sekretär des ZK der Partei der Arbeit zusammen.

Das mehrstündige Gespräch im Gebäude des Zentralkommitees der PAA in Tirana verlief in einer herzlichen und kameradschaftlichen Atmosphäre. Im Geist der marxistisch-leninistischen Einheit und des proletarischen Internationalismus wurden Meinungen über Probleme von gegenseitigem Interesse ausgetauscht.

Anwesend bei dem Treffen waren auch der Genosse Ramiz Alia, Mitglied des Politbüros und Sekretär des ZK der PAA, der Genosse Simon Stefani, Kandidat des Politbüros und der Genosse Piro Bita, der Leiter der Auslandsabteilung des ZK der PAA.

Genosse Ernst Aust hatte Albanien anläßlich der Feierlichkeiten zum 35. Jahrestag der Befreiung besucht. Er nahm auch an der Wissenschaftlichen Tagung über Probleme des sozialistischen Aufbaus teil, über die wir im letzten RM berichteten.

Zur Feier des 35. Jahrestages waren Delegationen von marxistisch-leninistischen Parteien aus den folgenden Ländern nach Albanien gekommen: Dänemark, Ekuador, Frankreich, Griechenland, Iran, Japan, Kanada, Kolumbien, Mexiko, Peru, Portugal und Spanien.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT		WELLENLÄNGE	
	1. Programm		
13.00-13.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
14.30-15.00	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
16.00-16.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
18.00-18.30	9350 kHz	32,08m	KW
	7300 kHz	41,10m	KW
19.00-19.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW
	2. Programm		
21.30-22.00	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
23.00-23.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1457 kHz	206m	MW
06.00-06.30	7300 kHz	41,10m	KW
	5945 kHz	50,46m	KW
	1394 kHz	215m	MW

Heinrichsohn, NS-Mörder und Bürgermeister von Bürgstadt

„Ist diese Gemeinde verrückt?"

Ernst Heinrichsohn, im Kölner Lischka-Verfahren angeklagt der Beihilfe zum Mord an 24 854 französischen Juden — darunter Kindern — ist immer noch Bürgermeister der mainfränkischen Gemeinde Bürgstadt. „Ist diese Gemeinde verrückt, verbohrt und unbelehrbar?" Dieser Frage sind die beiden *Stern*reporter Jürgen Serke und Hanns-Jörg Anders nachgegangen. Ihr Bericht wirft einiges Licht auf die wirkliche Situation in Bürgstadt.

„Wir sind auf dem Weg zur Martinskapelle", berichten die Reporter. „Plötzlich bremst ein Wagen hinter uns. Ein Mann stürzt auf den Fotographen zu: ‚Geben Sie sofort den Film aus Ihrer Kamera heraus. Sie haben meinen Sohn fotographiert.' Hanns-Jörg Anders weigert sich. Der Mann droht, er werde jemanden holen, der die Herausgabe erzwingen werde. (...) Wir bleiben unbehelligt, viel später sehen wir unseren aufgeregten Verfolger in einer Gemeinderatssitzung wieder: Es ist der CSU-Gemeinderat Schmidt."

Ein zweiter Fall: Der Deutschlehrer Schlund lud die beiden *Stern*reporter zu einer Diskussion über einen Fernsehfilm über Heinrichsohn ein, die er mit seinen Schülern im Gymnasium führen will. Der Direktor aber lehnt unter Hinweis auf die Schulordnung, die derartiges nicht ausdrücklich gestatte, die Teilnahme der Reporter ab.

In den Massenmedien ist verschiedentlich versucht worden, den Eindruck zu erwecken, daß die Bürgstädter geschlossen hinter „ihrem" Bürgermeister, dem Juden- und Kindermörder Heinrichsohn, stünden. Das ist nicht richtig. Allerdings getrauen sich nur wenige, wie der Studienrat Erwin Kraus, ihre kritische Einstellung zu Heinrichsohn öffentlich zu äußern. Kraus: „Wer wie Heinrichsohn damals Befehle erteilt oder auch ohne allzu große Gewissensprüfung befolgt hat, der müßte sich für alle Zukunft fernhalten vom Geschäft des Beherrschens, auch in einer Demokratie. Das wäre die geringste Form von Anstand."

Immer wieder trafen die Sternreporter in Bürgstadt auf eingeschüchterte Menschen, die auswichen, „wenn es darum ging, eine Position im Fall Heinrichsohn zu beziehen. ‚Ersparen Sie mir eine Antwort. Hier kennt doch jeder jeden'. Und jeder hat Angst vor dem anderen, was anderes zu sagen als der andere."

Die Angst der Bürgstädter ist nicht ohne Grund. Da ist zum Beispiel der Fall des Apothekers Reinhard Frisch. Nach kritischen Äußerungen erhielt Frisch anonyme Drohanrufe.



Gegen Heinrichsohn gerichtete Parole an der Wand einer Kirche in Miltenberg, dem Nachbarort von Bürgstadt.

Einige sagten ihm, sie würden nicht mehr in seiner Apotheke einkaufen. Bedroht wurde auch der katholische Geistliche Conrad, der sich im Fernsehen zum Fall Heinrichsohn geäußert hatte. Conrad erlitt eine Herzattacke.

Heinrichsohn ist Mitglied der CSU. Das erklärt vieles. Denn die Partei des Kanzlerkandidaten Strauß unterstützt den Nazi-Mörder aktiv. „Eine Partei ist auch eine Solidargemeinschaft. Sie muß auch in kritischen Situationen solidarisch handeln", heißt es in einer Solidaritätserklärung der CSU zu Heinrichsohn. Ist das, was in Bürgstadt vorgeht, die Folge dieses „solidarischen Handelns"? Ist der Terror und die systematische Einschüchterung Andersdenkender ein Produkt des organisierten Vorgehens der CSU?

Heinrichsohn tritt in der Öffentlichkeit immer noch mit einer schier unglaublichen Dreistigkeit und Arroganz auf. So drohte er der Bürgstädter SPD, die seinen Rücktritt forderte, kaltschnäuzig mit gerichtlichen Schritten. Und bezüglich seiner Taten in Hitlers Diensten erklärte er: „Ich habe keine unehrenhaften und kriminellen Handlungen begangen." Nach Heinrichsohns Meinung ist also die Ermordung von 24 854 Menschen ehrenhaft? Oder ?!

Das dreiste Auftreten Heinrichsohns, wohnhaft in Bürgstadt, Freudenberger Str. 2, Tel.: (09371) 2154, ist kein Wunder. Es ist der organisierte schwarz-braune Sympathisantensumpf, der diesem faschistischen Massenmörder den Rücken steift!

Übrigens hat die Bürgstädter SPD, die jetzt den Rücktritt Heinrichsohns fordert, im letzten Jahr das Ihre zur Wiederwahl des NS-Verbrechers als Bürgermeister beigetragen. Sie unterstützte faktisch Heinrichsohns Kandidatur, indem sie keinen eigenen Gegenkandidaten aufstellte. Dabei „genügte" ihr eine Erklärung Heinrichsohns, nicht mit dem „SD-Mann im besetzten Paris" identisch und somit das Opfer einer Verwechslung zu sein. Und dies zu einer Zeit, da Heinrichsohns Verbrechen schon durch Dokumente und Zeugenaussagen belegt waren und in Köln schon der Prozeß vorbereitet wurde! Mit „Vertrauensseligkeit" allein ist solch ein Verhalten nicht zu erklären!

Pfeife des Jahres

Zur „Pfeife des Jahres" hat das „Tabak Forum", eine neutrale Einrichtung zur Förderung des gepflegten Pfeifenrauchens, den reaktionären Historiker und Schriftsteller Golo Mann gekürt. Der mißratene Sohn Thomas Manns ist breiten Bevölkerungsschichten als gelegentliche wissenschaftliche Ausstattung von *Bild* und *Bild am Sonntag* bekannt. Golo Mann verkörpert das, was sein Vater einst die „Grundtorheit des 20. Jahrhunderts" genannt hatte — den Antikommunismus.

„Pfeife des Jahres"? Oder hieß es etwa „Pfeifenraucher"?



Samstag, 15. Dezember, 20.35 Uhr, Nord III
Eines Tages... Der kanadische Fernsehfilm (1977) schildert, wie kanadische Farmer ihre Existenzgrundlage durch ein gigantisches Zukunftsprojekt der USA an der Grenze zu Kanada verlieren. Der Film beruht auf tatsächlichen Vorkommnissen.

•

Sonntag, 16. Dezember, 19.30 Uhr, ZDF
Kindesmißhandlung. Der Dokumentarbericht macht deutlich, daß die schlagenden Eltern keine Sadisten sind, sondern häufig in einer bedrückenden und ausweglosen sozialen Situation leben, die sie dazu treibt, ihre Wut an ihren hilfund wehrlosen Kindern auszulassen.

•

Sonntag, 16. Dezember, 19.30 Uhr, Bayern III
Der Sonderling. Dieser Spielfilm aus dem Jahr 1929 war der erste abendfüllende Spielfilm Karl Valentins und zugleich sein letzter Stummfilm.

•

Sonntag, 16. Dezember, 20.15 Uhr, ZDF
Charlie Chaplin: Ein König in New York. Der Spielfilm aus dem Jahre 1956 ist eine bissige Abrechnung Chaplins mit der McCarthy-Ära in den USA. Der Film verschwand nach seiner Uraufführung 1957 sofort wieder in der Versenkung, weil kein Verleiher das politische Risiko des Vertriebs auf sich nehmen wollte.

•

Montag, 17. Dezember, 21.15 Uhr, ARD
Europa im Vergleich. Frauen kämpfen um volles Recht auf Arbeit. Aus Italien, Großbritannien und der Bundesrepublik berichtet die Sendung über die Diskriminierung von Frauen in der Arbeitswelt.

•

Montag, 17. Dezember, 23.00 Uhr, ARD
Der große McGinty. Der Spielfilm (USA 1940) gilt als eine der entlarvendsten Satiren auf das politische Leben in den USA.

Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

Verlag
Roter Morgen
Postfach 30 05 26

4600 Dortmund 30

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. ......

○ für 1 Jahr ○ für 1/2 Jahr ○ Probenummer

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... **Unterschrift:** ....
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Die Zahlung erfolgt:
○ jährlich **DM 60.-** ○ halbjährlich **DM 30.-**

Die jeweiligen Gebühren werden mit Erhalt der ersten Lieferung per Nachnahme eingezogen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. um 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements). Kündigungen, die nach dieser Frist eingehen, werden nicht berücksichtigt.

Parteibüros der KPD/ML und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der Roten Garde, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen.

ZENTRALKOMITEE DER KPD/ML' REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92

4800 **BIELEFELD** 1, Parteibüro der KPD/ML, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17-18, Do 17-18.30, Sa 10-12 Uhr.

4630 **BOCHUM,** Parteibüro der KPD/ML, Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37, geöffnet: Do 16-18.30 Uhr.

2800 **BREMEN** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421/39 38 88, geöffnet: Mo-Fr 17-18, Sa 10-12 Uhr.

6100 **DARMSTADT,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchladen „Neue Zeit", Kasinostr. 55, geöffnet: Di, Do u. Fr 16-18.30, Mi 12-13.30, Sa 10-13 Uhr.

4600 **DORTMUND** 1, Parteibüro der KPD/ML, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel. 0231/83 23 28, geöffnet: Mo-Fr 17-19 Uhr, Sa 10-13 Uhr.

4100 **DUISBURG** 11 (Hamborn), Kontaktmöglichkeiten zur Partei: „Bücherstube", Alleestr. 49, Tel.: 0203/55 06 23, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

6000 **FRANKFURT** (Bockenheim), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Buchhandlung Richard Dröge, Kurfürstenplatz 34, Tel.: 0611/77 12 00, geöffent: Mo-Fr 10-13.30 und 14.30-18.30, Sa 9-13 Uhr

7800 **FREIBURG,** Parteibüro der KPD/ML, Klarastr. 29, geöffnet: Di und Do 17-19, Sa 10-13 Uhr.

2000 **HAMBURG** 6, Buchladen „Roter Morgen" Schulterblatt 98, Tel.: 040/430 07 09, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

3000 **HANNOVER,** Parteibüro der KPD/ML, Ellsenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62, geöffnet: Sa 10-14 Uhr.

7100 **HEILBRONN,** Kontaktmöglichkeit zur Partei: Ernst-Thälmann-Keller, Holzstr. 12, geöffnet: Di 17-19 Uhr.

2300 **KIEL** 1, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02, geöffnet: Mo, Di und Fr 9-13 und 15-18, Mi 9-13, Do 9-13 und 15-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6700 **LUDWIGSHAFEN** (Friesenheim), Buchhandlung „Neue Zeit", Ruthenstr. 1, Tel.: 0621/69 71 09, geöffnet: Mo-Fr 15.30-18.30, Sa 9.30-13 Uhr.

8000 **MÜNCHEN** 5, Buchhandlung „Roter Morgen", Frauenhoferstr. 13, Tel.: 089/260 75 54, geöffnet: Mo-Fr 15-18.30, Sa 9-13 Uhr.

8500 **NÜRNBERG,** Parteibüro der KPD/ML, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911/43 80 43, geöffnet: Mi-Fr. 16-18, Sa 11-13 Uhr.

7000 **STUTTGART** 1, Parteibüro der KPD/ML, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88, geöffnet: Mo-Fr 16.30-18.30, Sa 9-13 Uhr.

SEKTION WESTBERLIN, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030/465 39 66, geöffnet: Mo-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr.